

S1 Beschluss Anpassungen Bundesfinanzausschuss

Gremium: Mitgliederversammlung
Beschlussdatum: 01.10.2016
Tagesordnungspunkt: TOP 5 Satzungsänderungsanträge

1 Ersetze §15, Absatz 2-4 der Satzung des GRÜNE JUGEND Bundesverbands durch: (2)
2 Der Bundesfinanzausschuss setzt sich zusammen aus:

- 3
- - der_dem Bundesschatzmeister_in,

 - 4
 - - ihrer / seiner Stellvertretung und

 - 5
 - - den gewählten Landesschatzmeister_innen oder einem sonstigen
6 Landesvorstandsmitglied je

 - 7
 - - Landesverband

8
9 einem/einer Basisvertreter_in je Landesverband

10
11 Die Wahl der Mitglieder aus den Landesverbänden sowie ihrer
12 Stellvertreter*innen regeln die Landessatzungen.

13
14 (3) Der Bundesfinanzausschuss tritt mindestens zweimal im Jahr zusammen.
15 Die_der Bundesschatzmeister_in lädt mit einer Frist von 3 Wochen zu den
16 Sitzungen ein, bereitet sie unter Einbeziehung der Landesverbände vor und
17 leitet sie.

18
(4) Der Bundesfinanzausschuss ist beschlussfähig, wenn ordnungsgemäß
eingeladen wurde und mindestens die Hälfte der Landesverbände durch die
anwesenden Mitglieder vertreten sind und der_die Bundesschatzmeister_in
oder ihre_seine Vertretung anwesend sind.

Begründung

S1 Beschluss Anpassungen Bundesfinanzausschuss

1. Anpassung um häufiger beschlussfähig zu sein. Folgendes wird geändert:
 - Klarstellung, dass die Landesschatzmeister_innen sich eine Vertretung im Landesvorstand suchen können
 - Nennung Vorbereitung unter Einbeziehung des Landesverbände
 - Beschlussfähigkeit, wenn Schatzi oder Vertretung anwesend und Hälfte des Landesverbände repräsentiert

S2 Beschluss Änerung §15 der Wahlordnung

Gremium: Mitgliederversammlung
Beschlussdatum: 01.10.2016
Tagesordnungspunkt: TOP 5 Satzungsänderungsanträge

1 Ersetze

2 "§ 15 Vergabe eines Letters of Support

3 Sollte die offizielle Einladung für die General Assembly von FYEG oder CDN

4 nach der Einladung zur letzten Mitgliederversammlung (sic! hier fehlt ein
5 Wort...), so ist es in diesen Ausnahmefällen möglich, dass der Bundesvorstand
6 einen „Letter of

7 support“ für die Kandidat_innen der GRÜNEN JUGEND oder anderer

8 Mitgliedsorganisationen ausstellt."

9 durch

10 "§ 15 Vergabe von Letters of Support und Nomination Letters

11 Sollte die offizielle Einladung für die General Assembly von FYEG oder CDN nach
12 der Einladung zur letzten Mitgliederversammlung erfolgen, so entscheiden der
13 Bundesvorstand und die Internationale Koordination gemeinsam über die Vergabe
14 von "Letters of Support" oder "Nomination Letters" für Kandidat_innen der
15 GRÜNEN JUGEND oder anderer Mitgliedsorganisationen auf Ämter bei FYEG, GYG
16 oder CDN."

Begründung

Erfolgt mündlich.

Haushalt 2017

Gremium: Bundesvorstand
Beschlussdatum: 25.06.2016
Tagesordnungspunkt: TOP 6 Finanzen

1 [https://wurzelwerk.gruene.de/documents/28932/5231605/Haushalt+2017/09d1bf3c-](https://wurzelwerk.gruene.de/documents/28932/5231605/Haushalt+2017/09d1bf3c-47b2-437a-862c-b09194e9e11f)
2 [47b2-437a-862c-b09194e9e11f](https://wurzelwerk.gruene.de/documents/28932/5231605/Haushalt+2017/09d1bf3c-47b2-437a-862c-b09194e9e11f)

F1 Wahlkampfhaushalt

Gremium: Bundesvorstand
Beschlussdatum: 25.06.2016
Tagesordnungspunkt: TOP 6 Finanzen

- 1 [https://wurzelwerk.gruene.de/documents/28932/5231605/Wahlkampfhaushalt/5f6a39ed-](https://wurzelwerk.gruene.de/documents/28932/5231605/Wahlkampfhaushalt/5f6a39ed-e8cd-4a86-bddd-540a660b62da)
- 2 [e8cd-4a86-bddd-540a660b62da](https://wurzelwerk.gruene.de/documents/28932/5231605/Wahlkampfhaushalt/5f6a39ed-e8cd-4a86-bddd-540a660b62da)

G1 Beschluss Her mit der Knete - Gesellschaft formen! - Armut bekämpfen, Gerechtigkeit und Teilhabe schaffen

Gremium: Mitgliederversammlung
Beschlussdatum: 01.10.2016
Tagesordnungspunkt: TOP 7 Gerechtigkeit

1. Armut und Ungerechtigkeit verschärfen sich

Geprägt die Agenda 2010 Politik des Sozialabbaus und einer Krise des neoliberalen Wirtschaftssystems treten in der Mitte der 10er Jahre immer stärker die dadurch entstandenen sozialen Ungleichheiten zu Tage. Wir finden: ein gutes Leben für alle ist ein wichtiger politischer Auftrag und unser Ziel von Gerechtigkeitspolitik.

Weil das bis heute nicht verwirklicht ist, wollen wir nicht nur unserer Verantwortung als Jugendorganisation der Partei Bündnis90/ Die Grünen wahrnehmen, sondern auch die, die uns als junge Generation in dieser Situation in den Schoß gelegt wird.

Soziale Verhältnisse gehen uns alle an und Krisen dürfen nicht auf dem Rücken derer ausgetragen werden, die sowieso schon am wenigsten haben und sich daher auch oft am wenigsten wehren können. Deshalb wollen wir unseren Blick insbesondere dorthin richten, wo es den Menschen oft nicht mehr möglich ist, sich abstrakt mit Verhältnissen zu beschäftigen, weil die eigenen Lebensumstände so prekär sind. Als Grüne Jugend ist es unser Ziel, den Arbeitszwang zu überwinden und generell allen Menschen ein Leben frei von wirtschaftlichen Zwängen zu ermöglichen. Die Forderungen dieses Antrags sollen einen Beitrag dazu leisten.

Ungefähr 2,5 Millionen Kinder in Deutschland leben unter oder nahe an der Armutsgrenze. 1,5 Millionen von ihnen sind von Hartz IV Leistungen abhängig. In einzelnen Regionen lebt sogar mehr als jedes vierte Kind unter der Armutsgrenze. Deutschland verstößt damit gegen die UN Kinderrechtskonvention, die jedem Kind das Recht gewährt, nicht in Armut aufzuwachsen. Bei Rentner_innen sieht es nicht anders aus. In den letzten zehn Jahren hat sich die Altersarmut fast verdoppelt und Rentner_innen sind im Vergleich zur restlichen Gesellschaft mit über 15% auch noch überdurchschnittlich von Armut betroffen. Verschlimmert wird diese Situation noch durch eine Perspektivlosigkeit, da die Aussicht auf

29 Besserung der Situation für alte Menschen meistens gegen null geht. Ihre
30 einzige Chance ist die der politischen Veränderung. Und diese ist unsere
31 Aufgabe.

32 Es zeigt sich, dass Menschen aller Altersschichten von Armut betroffen sind, die
33 es zu bekämpfen gilt. So lange unser Sozialsystem nicht vor Armut schützt,
34 hängt die Situation elementar von der Beschäftigungssituation ab. Neben einer
35 Jugendarbeitslosigkeit von über sieben Prozent in Deutschland, die im EU
36 Durchschnitt bei über 18% liegt und in einigen EU-Staaten sogar an der 50%
37 Marke kratzt, sorgt auch der Niedriglohnsektor, ein zu geringer Mindestlohn und
38 insgesamt prekäre Arbeitsverhältnisse für weitere Armutsrisiken.

39 Eigentlich sollte man denken, eine positive wirtschaftliche Entwicklung wirke
40 sich positiv auf die Armutsentwicklung aus. Die letzten Jahre zeigen aber sehr
41 deutlich auf, dass sich diese beiden Faktoren inzwischen völlig unabhängig
42 voneinander entwickeln. Trotz einem starken Anstieg des Bruttoinlandsprodukts in
43 den letzten zehn Jahren, ist auch die Armutsquote um ca 1,5% angestiegen. Diese
44 Zahlen bezeugen eine starke Fehlentwicklung im Sozialsystem und verdeutlichen,
45 dass wirtschaftlicher Wohlstand nicht auf die arbeitende Bevölkerung
46 übertragen wird. Ein Grund dafür ist ein unter den Regierungen Schröder und
47 Merkel verschärfter Niedriglohnsektor.

48 Aber auch die repressive Sanktionspolitik, deren so genannter
49 „aktivierender“ Charakter bewusst finanziellen Druck auf Erwerbslose
50 ausübt, hat den Effekt, dass Deutschland im EU Vergleich das Land mit dem
51 höchsten Armutsrisiko bei Erwerbslosigkeit ist. Das ist mutwillige
52 Fahrlässigkeit, die einen klassistischen Charakter erkennen lässt. Diese gilt
53 es zu bekämpfen.

54 Diese Politik basiert auf der neoliberalen Ideologie , dass das Herstellen von
55 Chancengerechtigkeit eine echte Umverteilung ersetzen kann. Auch bei den Grünen
56 wird diese Idee immer salonfähiger.

57 Abgesehen davon, dass es auf diesem Planeten nie zwei Menschen mit den selben
58 Chancen geben wird, steht der Neoliberalismus für die voranschreitende Abkehr
59 von sozialpolitischer Verantwortung und die schrittweise Übertragung
60 wirtschaftlicher Risiken auf das Individuum. Klar gilt es, die Bedingungen für
61 derzeit viele benachteiligte zu verbessern und die Tatsache, dass der soziale
62 Stand in vielen Fällen vom Elternhaus abhängig ist, etwas entgegen zu setzen.
63 Aber ein Sozialsystem auf dem Gedanken aufzubauen, jede_r würde doch in jeder
64 Situation die gleichen Möglichkeiten zur Verfügung gestellt bekommen und
65 müsse sich nur auf den Weg zum Glück begeben, ist in einer Gesellschaft, die
66 nicht egalitär organisiert ist, nichts als zynisch. In Zeiten von vor allem in
67 Ballungsräumen rasant steigenden Mietpreisen, werden Menschen mit geringem und
68 mittlerem Einkommen zunehmend aus dem städtischen Raum verdrängt. Für viele
69 bedeutet das am Ende auch Wohnungslosigkeit. Ungefähr 40.000 Menschen leben in
70

71 Deutschland komplett ohne Unterkunft und etwas weniger als das zehnfache ist
72 ohne eigene Wohnung. Es ist ein schlechtes Zeichen für ein Sozialsystem, diese
73 existentielle Not Menschen anzutun. Diese Bilanz verschlechtert sich noch
74 dramatisch im Angesicht leerstehenden Wohn- und Büroraums. Speziell auch
75 Migrant_innen sind von Wohnungsnot betroffen. Insgesamt ist die soziale
76 Situation von Migrant_innen noch einmal gesondert zu betrachten. Dies ist vor
77 allem durch die strukturellen Diskriminierungsmechanismen geboten, die in Armut
78 und Marginalisierung Ausdruck finden. So liegen der Armut von Migrant_innen
79 nicht nur klassistische Praktiken zugrunde, sondern auch rassistische und
80 ausgrenzende Praktiken, die vor allem im Bildungssystem offen zu Tage treten und
81 Eingang in das Sozialsystem finden. Migrant_innen wird so ein noch stärkeres
82 Armuts- und Marginalisierungsrisiko auferlegt. Eine 15% höhere Armutsquote bei
Migrant_innen spricht hier Bände.

83 Alarmierend ist aber nicht nur die prekäre Situation vieler Menschen. Ein Blick
84 auf die Strukturen lässt teilweise erahnen, wer oder was für diese Situationen
85 verantwortlich gemacht werden kann, und vor allem, wo die Möglichkeiten zur
86 politischen Anknüpfungspunkte aus Sicht der GRÜNEN JUGEND liegen. So tragen
87 zum Beispiel die Kommunen finanziell komplett das Arbeitslosengeld II, was vor
88 allem in ärmeren Regionen zu einer Mehrfachbelastung der Kommune führt und am
89 Ende auch bedeutet, dass Kommunen, die hohe Zahlen an
90 Sozialleistungsempfänger_innen haben, oft die finanziellen Möglichkeiten
91 fehlen durch den Ausbau sozialer Infrastruktur auf solche Probleme einzugehen.
92 So haben genau die Kommunen, die ein hohen Bedarf für sozialen Wohnungsbau
93 haben, meist kein Geld dafür. Dieses Ungleichgewicht, das sich selbst bedingt,
94 ist aber nicht das einzige Problem. Sowohl die ungleiche Einkommensverteilung,
95 als auch die ungleiche Vermögensverteilung sind strukturelle Probleme.
96 Erschreckend ist die Tendenz, die weiterhin die Kluft zwischen Arm und Reich
97 größer werden lässt. So verfügen inzwischen ein Zehntel der Haushalte über
98 mehr als die Hälfte des Vermögens. Die untere Hälfte der Haushalte verfügt
99 hingegen überungefähr ein Prozent. Hinzu kommt, dass sich das Vermögen der
100 unteren Hälfte in den letzten zehn Jahren fast durch drei geteilt hat. Grund
101 dafür sind eine fehlende Umverteilungspolitik, die vor allem aus einer
102 austeritären Ideologie der Sparsamkeit entspringt, da sie das Problem der
103 negativ belasteten Staatshaushalte weg von der Frage der Steuern und der
104 Umverteilung führt und die Eigenverantwortlichkeit und das „vom Mund
105 absparen“ an dessen Stelle setzt. Diese Politik führt aber nicht nur zu einem
106 weiteren Auseinanderdriften der Lebensrealitäten, sondern auch zu einem immer
107 weiter voranschreitenden Abbau sozialer Infrastruktur. Forderungen nach
108 verstärktem sozialen Wohnungsbau verlaufen hier seit langem immer wieder im
109 Sand.

110 In einer kapitalistischen Gesellschaft gibt es notwendigerweise Arm und Reich,
111 unten und oben. Es gilt, das dahinterstehende Wirtschaftssystem zu erkennen,
112 Kapitalismuskritik zu üben und Ideen für ein neue Form gesellschaftlichen und
113 wirtschaftlichen Miteinanders anzustreben. Das ist nicht nur wichtig zu

114 kritisieren, sondern muss uns auch immer zu denken geben, wenn wir über
115 sozialpolitische Maßnahmen diskutieren. Dies darf nicht dazu führen, dass der
116 Blick darauf verstellt wird, für welche konkreten positiven Veränderungen es
117 sich lohnt, im Hier und Jetzt zu streiten.

118 Es gilt, die hier skizzierten politischen Probleme als Herausforderungen
119 anzunehmen. Die GRÜNE JUGEND setzt sich ein für ein Recht auf das gute Leben.
120 Es ist dringend an der Zeit, Geld in die Hand zu nehmen und die Gesellschaft neu
121 zu formen.

122 **2. Unsere Vision für ein soziales Europa**

123 Die GRÜNE JUGEND sieht in der Europäischen Idee eine große Chance um das
124 Leben aller Menschen auf dem Kontinent zu verbessern. Ein Mindestmaß an
125 arbeitsrechtlichen und sozialen Standards ist in vielen Mitgliedsstaaten auch
126 der Politik der Europäischen Union zu verdanken, nicht zuletzt die Europäische
127 Agrarpolitik ist - wenn auch in weiten Teilen fehlgeleitete - Sozialpolitik,
128 indem Bäuerinnen und Bauern ein gewisses Maß an Absicherung erhalten.

129 Die Europäische Idee ist eine Idee, welche die Sicherung von Frieden als Kern
130 hat und dies mit den Werten der Aufklärung und nicht zuletzt mit den Idealen
131 Freiheit, Gleichheit und Solidarität verknüpft ist.

132 In der Europäischen Union, gegründet als Wirtschaftsunion, wurden und werden
133 von vielen diese Ziele vorangetrieben. Gleichzeitig hat sich die Politik der
134 Union, getrieben von den nationalen Regierungen, und durch die unzureichend
135 regulierte ökonomische Globalisierung, in vielen Punkten auf eine neoliberalen
136 Agenda verengt.

137 Austeritätspolitik, die Kommunen in die Verschuldung treibt, ausbleibende
138 Investitionen, die im Süden die Jugendarbeitslosigkeit bekämpfen könnten,
139 Privatisierungen und Maßnahmen zur sogenannten Wettbewerbsfähigkeit, die meist
140 zu einer Verschlechterung der Verhältnisse führen: Vieles läuft schief im
141 Moment. Die Wirtschafts- und Sozialpolitik in der Europäischen Union wird von
142 nationalen Interessen dominiert und verrät die Europäische Idee. Wir stellen
143 uns gegen eine neoliberale Union der Nationalstaaten. Die Spar- und
144 Austeritätspolitik der deutschen Bundesregierung ist für uns als Lösung der
145 Eurokrise klar gescheitert, hat zu schweren sozialen Verwerfungen geführt und
146 das europäische Projekt insgesamt maßgeblich zurückgeworfen.

147 Die Antwort kann niemals ein Zurück zum nationalen Klein-Klein sein, wir wollen
148 nicht die Globalisierung bekämpfen, wir wollen sie so gestalten, dass alle
149 davon profitieren. Wir wollen ein Europa, das über die bestehende Europäische
150 Union hinaus geht. Ein Europa, in dem die Menschen und ihre Bedürfnisse im
151

Mittelpunkt stehen.

152 Ein soziales Europa soll als Hüterin sozialer Standards und guter Arbeit ein
153 Dach über Regionen und Kommunen sein, die dezentral sozialpolitische Maßnahmen
154 umsetzen. In jedem Fall braucht es in einem sozialen Europa eine
155 Dezentralisierung von Macht. Nationalstaaten sind nicht der Schlüssel zur
156 Umsetzung. Wir wollen, dass eine auf regionale Bedürfnisse angepasste
157 Sozialpolitik ermöglicht wird und gleichzeitig ein Ausgleich zwischen den
158 Regionen und Kommunen organisiert wird. Das schließt nicht aus der
159 gesamteuropäischen Ebene bestimmte Befugnisse, z.B. zur Erhebung von Steuern,
160 zu geben, wie einer gemeinsamen europäischen Finanztransaktionssteuer. Darüber
161 hinaus fordern wir eine europaweite Arbeitslosenversicherung, als Maßnahme zur
162 Angleichung der Sozialsysteme und zur Stärkung des Europäischen Gedankens,
163 sowie eine gemeinsame Wirtschafts- und Finanzpolitik auf europäischer Ebene,
164 damit sich Europa wirtschafts- und sozialpolitisch enger zusammen bewegen kann.
165 Die ersten Initiativen einzelner europäischer Regierungen in diese Richtung
166 begrüßen wir und fordern die Bundesregierung auf, endlich ihre Blockadehaltung
167 gegen ein auch wirtschaftlich- und sozialpolitisches Europa endlich zu beenden.

168 Wichtig für ein soziales Europa ist, dass die Verteilungsfrage über Nationen
169 hinweg angegangen wird. Verteilungsgerechtigkeit bedeutet in dem Sinne nicht nur
170 unter Menschen auszugleichen, sondern auch unter Kommunen. Hierbei muss auch
171 berücksichtigt werden, dass die unterschiedlichen Kommunen unterschiedlich
172 strukturstark- oder schwach sind. Ein Ausgleichsmechanismus muss zentral
173 organisiert und dezentral realisiert werden. Dabei soll von finanzstarken
174 Kommunen hin zu finanzschwache Kommunen umverteilt werden. Ein soziales Europa
175 braucht als zweiten Schirm der sozialen Sicherung auch zentrale Elemente zur
176 Sicherstellung gleichwertiger Lebensgrundlagen. Dazu gehören unter anderem eine
177 finanzielle, elternunabhängige Unterstützung für Schüler*innen,
178 Auszubildende und Studierende, kostenlose Gesundheitsversorgung auf hohem Niveau
179 für alle, kostenlosen Zugang zu Bildung und ein Grundeinkommen, das für alle
180 Menschen in Europa bedingungslos ausgezahlt wird. Dies soll zudem dazu dienen,
181 den Kommunen Handlungsspielräume über die Pflichtaufgaben hinaus zu
182 ermöglichen.

183 Damit Sozialpolitik funktioniert, muss sie zusammenhängend und in sich
184 schlüssig sein. In ihrer Implementierung funktioniert sie über Instrumente und
185 Maßnahmen. Diese müssen in sich schlüssig sein und sich untereinander
186 ergänzen. Gleichzeitig ist uns bewusst: Eine einzige richtige Lösung wird es
187 nicht geben, unterschiedliche Regionen brauchen unterschiedliche Instrumente und
188 Maßnahmen. Die Maßnahmen und Instrumente sollen gesamteuropäisch
189 bereitgestellt werden. Regionen könnten unter diesen die für sich passenden
190 auswählen. Gerechte Verhältnisse auf dem Kontinent werden damit Realität und
191 Solidarität wird gelebt.

192 Zudem hinken die Rechte für Gewerkschaften auf europäischer Ebene weit hinter
193 denen für transnationale Unternehmen zurück und erlauben so,
194 Arbeitnehmer_innen in verschiedenen Staaten gegeneinander auszuspielen. Deshalb
195 fordern wir die Möglichkeit, europaweite Tarifverträge zu verhandeln und ein
196 Recht auf grenzüberschreitende Streiks.

197 **3. Für mehr Gerechtigkeit auf dem Arbeitsmarkt**

198 Deutschland gehört zu den reichsten Ländern der Welt, aber im OECD-Vergleich
199 auch zu denen mit der größten Ungleichverteilung. Vor allem die steigende
200 Einkommensungleichheit und eine fehlgeleitete Arbeitsmarktpolitik führen dazu,
201 dass nur wenige vom Wohlstand profitieren.

202 Auskömmliche Erwerbsarbeit ist aktuell natürlich ein Schlüssel zur
203 Armutsvermeidung und schafft die Grundlage für soziale und kulturelle Teilhabe.
204 Doch viele Menschen sind auf dem Arbeitsmarkt benachteiligt. Hier muss Politik
205 darauf hinwirken, die Chancen von Langzeitarbeitslosen, Migrant_innen,
206 behinderten oder psychisch kranken Menschen zu verbessern oder Arbeitsplätze an
207 familiäre Verpflichtungen anzupassen. Solche Maßnahmen dürfen aber nicht
208 gegen die Forderungen nach existenzsichernden Geldleistungen ausgespielt werden.

209 Die Agenda 2010 hat vor allem einen Umbau der Sozialsysteme, des Arbeitsmarkts
210 und der Arbeitsbedingungen im Sinne der Unternehmer bewirkt und die sozialen
211 Rechte von Arbeitnehmer_innen und Erwerbslosen geschwächt. Um mehr Menschen in
212 Arbeit zu bringen, wurde in Kauf genommen, dass der Niedriglohnsektor sich um
213 ein vielfaches vergrößert und Leih- und Zeitarbeit erheblich anwachsen – und
214 sich die Arbeitsbedingungen also grundsätzlich verschlechtern. Das ist kein
215 politischer Erfolg, denn Arbeit ist kein Selbstzweck. Wir sagen: Alle Menschen
216 müssen von ihrer Erwerbsarbeit gut leben können. Der Mindestlohn muss auf
217 mindestens 14 € angehoben werden, denn unser Ziel ist es, den
218 Niedriglohnsektor abzuschaffen!

219 Alle Menschen müssen von ihrem Gehalt leben und fürs Alter vorsorgen können,
220 dies gilt für jede Art der Beschäftigung und insbesondere auch für
221 Auszubildende und Teilzeitstellen. Insbesondere Arbeitnehmer*innen
222 mit 80%-Stellen verdienen in vielen Fällen nicht genug, um dies
223 sicherzustellen. Wir fordern eine Überwindung von 80%-Stellen als 32-Stunden-
224 Stellen zugunsten einer Reduzierung der Normalarbeitszeit auf 30 Wochenstunden
225 bei vollem Lohnausgleich. Es darf in Firmen nicht zur Normalität werden, dass
226 Auszubildende und Aushilfen die Aufgaben von Fachkräften übernehmen und
227 Teilzeitangestellte den Umfang einer Vollzeitstelle bewerkstelligen müssen.

228 Minijobs müssen durch sozialversicherungspflichtige Zuverdienstmöglichkeiten
229 mit geringer Stundenanzahl ersetzt werden, denn sie sind ein Grund für die
230 prekären Beschäftigungsverhältnisse. Mittelfristig muss eine progressive

231 Lösung für geringfügige Beschäftigungen im privaten Umfeld gefunden werden,
232 die sozial ist. Zeit- und Leiharbeit muss abgebaut werden. Leiharbeiter_innen
233 müssen gleiche Rechte wie die Stammebelegschaft haben – und mehr Lohn erhalten
234 als die Stammebelegschaft, weil sie einer höheren Flexibilität und Unsicherheit
235 ausgesetzt sind.

236 Um die Rechte von Arbeitnehmer_innen zu stärken stellen wir uns an die Seite
237 von Gewerkschaften und fordern deren Rechte auszuweiten: Das bedeutet ein
238 Verbandsklagerecht einzuführen, damit die Gewerkschaften bei Gesetzes- und
239 Tarifverstößen direkt tätig werden können. In Unternehmen müssen
240 Betriebsräte gestärkt werden, die Gründung von Betriebsräten muss aktiv
241 durch die Firmen gefördert werden, z.B. indem die Ausfallzahlungen bei
242 Provisionsarbeit sich nicht auf dem untersten Lohnniveau befinden. Firmen, die
243 der Gründung von Betriebsräten entgegenwirken, sollen stärker sanktioniert
244 werden. Zudem sollen alle Angestellten, insbesondere auch Beschäftigte in
245 kurzfristigen und Teilzeit Beschäftigungsverhältnissen, eine
246 Interessenvertretung in den Betriebsräten haben. Außerdem fordern wir die
247 Aufhebung des Verbots für politische Streiks.

248 **4. Soziale Sicherung - bedingungslos!**

249 Die aktuellen Verschärfungen der Sanktionen für junge Erwachsene oder die
250 Einschränkungen für Alleinerziehende zeigen erneut: Hartz IV ist kein soziales
251 Projekt. Die Regelsätze reichen nicht zum Leben und das viel zu niedrige
252 Existenzminimum wird regelmäßig durch Sanktionen weiter gekürzt. Der Zwang
253 (so gut wie) jede angebotene Arbeit annehmen zu müssen, sorgt dafür, dass der
254 Niedriglohn- und Leiharbeitssektor weiter gestärkt wird. Hartz IV entspricht
255 nicht ansatzweise den Anforderungen einer existenzsichernden Grundsicherung –
256 Teilhabe zu gewährleisten steht noch nicht mal zur Debatte. Die Regelsätze
257 müssen sofort angehoben werden – und das auf ein Niveau, das nicht nur die
258 Existenz, sondern gesellschaftliche Teilhabe sichert. Es kann dabei nicht sein,
259 dass Menschen das Existenzminimum gekürzt bekommen. Wir fordern die
260 Sanktionspraxis sofort einzustellen und Hartz IV-Sanktionen generell
261 abzuschaffen.

262 Langfristig wollen wir ein Bedingungsloses Grundeinkommen einführen. Dafür hat
263 die GRÜNE JUGEND bereits 2007 und 2012 Konzepte vorgelegt. Das BGE soll dabei
264 Sozialleistungen nicht ersetzen, wird aber einzelne Maßnahmen überflüssig
265 machen.

266 Kinderarmut bekämpfen!

267 In Deutschland wächst jedes fünfte Kind in Armut auf – Kinder werden damit
268 in ihrer Entwicklung erheblich behindert und erleben gravierende Auswirkungen
269 der Armut auf alle Lebensbereiche. Die geplante Anhebung der Hartz-IV-Sätze

270 für Kinder durch Ministerin Nahles ist lange nicht ausreichend, um Kinderarmut
271 wirksam zu bekämpfen. Wir fordern neben einer schnellstmöglichen Anhebung der
272 Regelsätze für Kinder, die deren tatsächlichem Bedarf gerecht wird – die
273 Einführung einer bedingungslosen sozial gerechten und teilhabesichernden
274 Kindergrundsicherung.

275 Rent my Rente, its cheap!

276 Die Anzahl der von Altersarmut betroffenen Menschen ist von 2005 bis 2015 um
277 über 30,9% angestiegen (von 11% auf 14%). Das liegt daran, dass die
278 beitragsbasierte, gesetzliche Rentenversicherung sensibel auf den
279 demographischen Wandel reagiert. Zudem werden durch Pflege von Angehörigen oder
280 Kindererziehung entstandene Lücken in der Erwerbsbiografie nicht ausreichend
281 aufgefangen. Darum sind besonders Alleinerziehende und Frauen*, die sich
282 aufgrund der vorherrschenden Geschlechterrollenverhältnisse häufiger
283 unbezahlter Pflegearbeit widmen, besonders gefährdet, im Alter keine
284 auskömmliche Rente beziehen zu können. Dazu kommt, dass die Grundsicherung im
285 Alter häufig nicht ausreicht, um das Nötigste zu bezahlen, geschweige denn
286 Teilhabe und Würde im Alter sichert.

287 Durch die Aushöhlung der gesetzlichen Rentenversicherung durch die Rentenreform
288 der rot-grünen Regierung und die ebenfalls mit der Agenda 2010 in die Wege
289 geleitete Ausweitung des Niedriglohnssektors, sind das Rentenniveau und die
290 bezogenen Rentenbeträge immer weiter gesunken.

291 Schon heute ist abzusehen, dass die Zahl der von Armut im Alter betroffenen
292 Menschen in den nächsten Jahren noch deutlich zunehmen wird. Da die Ansprüche
293 im Alter von den bis zum Eintritt in den Ruhestand gesammelten Vorleistungen
294 abhängen, ist die Entwicklung gut vorhersehbar. Deshalb wissen wir: immer mehr
295 Menschen droht in Zukunft die Altersarmut.

296 Die Große Koalition feiert sich selbst dafür, mit der „Rente ab 63“ einen
297 großen Beitrag zur deren Bekämpfung geleistet zu haben. Tatsächlich aber ist
298 ihre Politik umnachhaltige Klientelpolitik und entbehrt einem schlüssigen
299 Zukunftsentwurf. Die „Rente im 63“ ist auf langjährige Erwerbsbiographien
300 ausgerichtet, die fast ausschließlich von männlichen Facharbeitern erreicht
301 werden. Frauen* oder Geringqualifizierte bleiben von dieser Maßnahme
302 ausgeschlossen und müssen über ihre Beiträge die abschlagsfreie Rente mit 63
303 der Mittelschicht bezahlen. Die sogenannte "Mütterrente" ist unser Meinung nach
304 grundsätzlich richtig, da eine Schlechterstellung von Eltern, die vor 1992
305 Kinder bekamen, nicht gerecht ist. Diese Ungerechtigkeit müsste jedoch als
306 versicherungsfremde Leistung aus Steuermitteln bezahlt werden. Die Große
307 Koalition benutzt dafür jedoch Beitragsgelder und verhindert somit eine
308 automatische Rentenerhöhung, die bei hohen Reserven in der Rentenkasse anfallen
309 würde.

310 Um Altersarmut konkret zurückzudrängen, muss die Lohnersatzrate bei niedrigen
311 Einkommen sofort deutlich steigen. Entscheidend für die Finanzierbarkeit der
312 Alterssicherung ist nicht die Demografie, sondern die
313 Produktivitätsentwicklung. Wir lehnen es ab, die Generationen gegeneinander
314 auszuspielen. Das grundlegende Gerechtigkeitsproblem unseres Rentensystems liegt
315 nicht zwischen alt und jung, sondern zwischen arm und reich. Deshalb ist das
316 Heraufbeschwören eines Generationenkonflikts bei den aktuellen
317 rentenpolitischen Diskussionen vollkommen deplatziert. Es dient lediglich der
318 Legitimation von Rentenkürzungsforderungen. Die meisten anderen
319 Industriestaaten finanzieren ihre Rentensysteme deutlich stärker aus Steuern
320 und stellen so sicher, dass die gesamtgesellschaftliche Aufgabe der
321 Alterssicherung auch von hohen Vermögen und Einkommen geschultert werden. Hier
322 setzt unser Vorschlag einer teilhabesichernden Grundrente an, die nicht pauschal
323 jüngere Generationen belastet, sondern Kapitaleinkommen und Vermögen in den
324 Generationenvertrag miteinbezieht. Da die Kapitaleinkommen in den letzten Jahren
325 stärker als die Erwerbseinkommen gestiegen sind, ist diese Einbeziehung fairer,
326 als ein nur auf Beiträge finanziertes System.

327 Aufgrund des strikten Äquivalenzprinzips, nach dem Rentenzahlungen immer
328 frühere Einzahlungen gegenüberstehen müssen, wirkt das jetzige Rentensystem
329 nicht umverteilend. Wir fordern daher eine Abschaffung der
330 Beitragsbemessungsgrenze und eine steuerfinanzierte Basisrente.

331 Der Kampf gegen Altersarmut geht für uns Hand in Hand mit der generellen
332 Bekämpfung von Armut und prekärer Beschäftigung. Weitere Rentenkürzungen und
333 Privatisierungen führen zu Entsolidarisierung und steigern das Risiko der
334 Altersarmut. Kapitalgedeckte Altersversicherungen sind also keine Lösung.
335 Weiteren Rentenkürzungen, wie der von der Union vorgeschlagenen Rente mit 70,
336 stellen wir uns vehement entgegen.

337 Angesichts des demografischen Wandels und des steigenden Risikos der Altersarmut
338 ist es unumgänglich, eine existenz- und teilhabesichernde Basisrente
339 steuerfinanziert zu sichern. Diese soll ohne Bedarfsprüfung allen zustehen.
340 Denn jede_r hat das Recht auf ein würdevolles Leben im Alter!

341 Armut ist weiblich*!

342 Es ist 2016 und Frauen* verdienen immer noch weniger. Sie sind in allen
343 Altersgruppen häufiger von Armut betroffen, sie machen den größten Teil des
344 Niedriglohnsektors aus und ihr Risiko in Altersarmut zu leben ist hoch. Das
345 wollen wir ändern.

346 Die GRÜNE JUGEND fordert, Zeiten von Kindererziehung und Pflege müssen
347 deutlich besser abgesichert und in der Rente angerechnet werden. Wichtig ist
348 ebenso eine deutlich bessere finanzielle Unterstützung von Alleinerziehenden.

349 Hinzu kommt, dass häufig von Frauen* ausgeführte Berufe finanziell stark
350 aufgewertet werden müssen. Hierbei fordern wir eine sofortige und merkliche
351 Verbesserung im Bereich der Care-Arbeit.

352 **5. Gerechte Verteilung für eine gerechte Gesellschaft**

353 Finanzpolitik im Allgemeinen und die Erhebung von Steuern im Speziellen sind
354 für uns kein Selbstzweck, sondern dienen der Herstellung von Gerechtigkeit und
355 der Bekämpfung von Armut. Unser Ziel ist es, die Umverteilung von unten nach
356 oben zu beenden.

357 Ungenügende Vermögensbesteuerung und indirekte Steuern, aber auch die
358 Umsatzsteuer haben einen regressiven Effekt, der sich trotz Wachstum von
359 Vermögensrate und Bruttoinlandsprodukt sowie abnehmender Arbeitslosenquote
360 darin äußert, dass immer mehr Menschen von Armut betroffen sind.

361 Wenn wir Gerechtigkeit herstellen möchten, bedeutet das massive Veränderungen
362 bestehender Steuerpolitik. Wir legen unseren Fokus dabei auf zwei Steuerarten:
363 Ertragssteuern und Substanzsteuern.

364 Steuertransparenz und gerechte Beteiligung

365 Jedes Jahr entgehen dem Staat Steuereinnahmen, durch Steuerhinterziehung
366 einzelner und durch Steuervermeidungsmodelle von Unternehmen ca. 100 Mrd. Euro.
367 Hier beteiligen sich einzelne Personen oder Unternehmen nicht an der gemeinsamen
368 Finanzierung der Infrastruktur und sozialem Miteinander.

369 Wir fordern daher die Einführung eines weltweiten Wertpapierregisters, um
370 Einkünfte zukünftig nachvollziehbar zu machen. Dort sollen alle im
371 international gehandelten Wertpapiere und deren Transaktionen transparent
372 aufgelistet werden. Auch ein country by country reporting muss geschaffen
373 werden. Dabei müssen alle Staaten die Steuereinnahmen untereinander austauschen
374 um zu verhindern, dass Unternehmen in keinem der Staaten Steuern zahlen.

375 Zudem braucht es eine Vereinheitlichung von Steuersystemen weltweit, denn durch
376 die geschickte Ausnutzung von Doppelbesteuerungsabkommen, können gezielt
377 Steuern vermieden werden. Banken, die wie in der Vergangenheit am aktiven
378 Steuerbetrug beteiligt sind, sollen mit hohen Geldstrafen bis hin zum Entzug der
379 Banklizenz sanktioniert werden können. Auch das Management der Banken muss
380 persönlich dafür haften.

381 Wir fordern die Einstellung vom Steuernachlässen, gegenüber
382 Steuerschuldner_innen, die sich selbst anzeigen. Zukünftig muss die
383 Steuerschuld beglichen werden oder das nicht deklarierte Vermögen wird

384 vollständig eingezogen. Den Ankauf von sogenannten Steuer CDs mit den Daten von
385 Steuerschulder_innen halten wir für ein legitimes Mittel solange eine
386 Steuergerechtigkeit- und Transparenz wie oben beschrieben noch nicht hergestellt
387 ist.

388 Außerdem fordern wir, dass, um Steueroasen auszutrocknen, zukünftig bei nicht
389 kooperativen Ländern, die europäische Staatengemeinschaft Zölle in Höhe der
390 durch die Steuerhinterziehung verlorenen Einnahmen erhebt.

391 Umsatzbesteuerung

392 Die Mehrwertsteuer, auch Umsatzsteuer genannt, ist eine regressive Steuer, weil
393 Vermögende und Spitzenverdienende einen geringeren Anteil ihres Vermögens für
394 Konsum aufwenden, als dies Geringverdienende tun. Daher fordern wir eine Reform
395 der Umsatzsteuer. Dabei soll die reduzierte Mehrwertsteuer neu definiert und
396 dafür weiter abgesenkt werden und im Gegenzug neben der regulären eine
397 erhöhte Mehrwertsteuer für Luxusgüter eingeführt werden. Darunter sollen
398 Güter fallen, deren Nachfrage bei steigendem Einkommen überproportional steigt
399 - beispielsweise Sportwagen und Luxusuhren. Der reduzierte Mehrwertsteuersatz
400 soll dabei wirklich alle notwendigen Mittel für die Grundversorgung abdecken.
401 So sprechen wir uns zum Beispiel dafür aus, dass Windeln, Babynahrung,
402 Verhütungsmittel und Monatshygieneartikel, aber auch zum Beispiel Soja-Drinks
403 zu den Gütern gezählt werden, die mit dem reduzierten Mehrwertsteuersatz
404 besteuert werden. Langfristig ist unser Ziel global regressive Steuerelemente zu
405 überwinden, das bedeutet für uns vor allem auf Umverteilungsmechanismen, statt
406 auf Besteuerung von individuellem Konsum.

407 Besteuerung von Erträgen, Einkommenssteuer

408
409 Nicht zuletzt Thomas Piketty hat gezeigt, dass langfristig Kapitaleinkommen
410 schneller wachsen als Arbeitseinkommen. Damit lässt sich am Kapitalmarkt
411 schneller Geld verdienen als dies durch Arbeit möglich ist. Dies führt dazu,
412 dass Vermögende ihren Reichtum vermehren und bestehende Unterschiede verfestigt
413 werden. Das muss sich ändern. Ziel bei der Einkommensbesteuerung muss sein, dass
414 sich Median-Einkommen - also die Mitte aller Einkommen - und Durchschnitts-
415 Einkommen angleichen. Daher muss nicht nur die Abgeltungssteuer abgeschafft und
416 Kapitalerträge mit dem persönlichen Einkommensteuersatz besteuert werden,
417 sondern auch Geringverdienende entlastet und der Höchststeuersatz erhöht
418 werden.

419
420 Abschaffung des Ehegatt*innensplittings zugunsten einer Kindergrundsicherung

421
422 Wir sprechen uns für die Abschaffung des Ehegatt*innensplittings aus. Gründe
423 dafür gibt es viele: Es begünstigt vor allem Besserverdienende, führt in der
424 Realität aber insbesondere zu finanziellen Abhängigkeitsverhältnissen
425

426 zwischen Ehepartner*innen und entstammt einem altbackenen, antifeministischen
427 Familienbild. Die Regelung, die große Einkommensunterschiede zwischen
428 Ehepartner*innen steuerlich belohnt, führt in vielen Ehen dazu, dass
429 insbesondere verheiratete Frauen* einer Teilzeit-, geringfügigen bzw. keiner
430 Beschäftigung nachgehen. So sind aktuell ca. 90% aller Steuerpflichtigen in
431 Steuerklasse V Frauen*. Eine Vollzeitbeschäftigung lohnt sich für sie
432 finanziell nicht mehr aufgrund der höheren Besteuerung, der der*die
433 Ehepartner*in mit geringerem Einkommen unterliegt. Damit stellt das
434 Ehegatt*innensplitting ein Überbleibsel altbackener Familienpolitik dar, das
435 Frauen* dafür belohnt zuhause zu bleiben statt einer (Vollzeit-)beschäftigung
436 nachzugehen. Die durch das Ehegatt*innensplitting hervorgerufene geminderte
437 Erwerbstätigkeit einer*s Ehepartner*in führt zudem zu einer wesentlich
438 geringeren Rente (aufgrund geringerer Rentenbeiträge) und somit zu einem
439 Abhängigkeitsverhältnis von dem*r finanziell bessergestellten Ehepartner*in.
440 Das Ehegatt*innensplitting als steuerliches Instrument ist somit absolut
441 kontraproduktiv für die Geschlechtergleichstellung. Wir fordern daher eine
442 schrittweise Abschmelzung dieser steuerlichen Vorteile mit dem Ziel die
443 entstehenden Steuermehreinnahmen in eine Kindergrundsicherung zu überführen,
444 die von Armut betroffenen und bedrohten Kindern zugutekommt.

445

446 Körperschaftssteuer

447

448 Auch die Körperschaftssteuer ist in Deutschland in den letzten Jahren und
449 Jahrzehnten stets zurückgegangen. 1949 lag die Körperschaftssteuer
450 beispielsweise bei 65% und erst 2008 wurde die Körperschaftssteuer von 25% auf
451 15% gesenkt. Somit haben wir im internationalen Vergleich einen der niedrigsten
452 Körperschaftssteuersätze. Entgegen der von vielen Politiker*innen und
453 Wirtschaftsvertreter*innen propagierten Maxime führt eine Senkung der
454 Körperschaftssteuer allerdings nicht zu erhöhten Investitionen seitens der
455 Unternehmen. Vielmehr stiegen im Grunde nur die Gewinne der Unternehmen.
456 Mit einem Körperschaftsteuersatz von 15% kommen Unternehmen aus Sicht der
457 GRÜNEN JUGEND ihrer gesellschaftlichen Verantwortung nicht nach. Deshalb
458 fordert die GRÜNE JUGEND eine Anhebung der Körperschaftssteuer auf mindestens
459 25%. Langfristig sehen wir eine Vereinfachung der Besteuerung auf Gewinne durch
460 eine einheitliche Besteuerung von Unternehmen, wodurch die Körperschaftssteuer
und die Gewerbesteuer ersetzt werden, als zielführend an.

461 Besteuerung von Vermögen

462 Wir sind uns bewusst, dass bestehende ökonomische Ungleichheiten nur damit
463 angegangen werden können, wenn auch die Vermögensverteilung angegangen wird.
464 Dazu muss die Umverteilung von Unten nach Oben gestoppt werden und die
465 Besteuerung von Vermögen nach Leistungsfähigkeit ausrichten. Das bedeutet
466 auch, dass hohe Vermögen in höherem Maße zur Finanzierung der Gesellschaft
467 und zur Bekämpfung von Armut herangezogen werden. Daher fordern wir die
468 Wiedereinführung einer progressiven Vermögenssteuer. Bei einem Freibetrag von

469 einer Million Euro pro Person, soll ein jährlicher Steuersatz von einem Prozent
470 greifen, der progressive Anstieg des Steuersatzes soll so ausgestaltet sein,
471 dass ab zehn Millionen Euro Vermögen ein Steuersatz von zwei Prozent greift, ab
472 fünfzig Millionen Euro ein Steuersatz von fünf Prozent, ab einhundert
473 Millionen von zehn Prozent sowie ab einer Milliarde von zwanzig Prozent.
474 Betriebsvermögen sollen von dieser Steuer nicht ausgenommen werden,
475 Stundungsmöglichkeiten sollen gewährleisten, dass die Zahlungen auch
476 verzögert geleistet werden können.

477 Erbschaftssteuer

478 Vermögen werden von Generation zu Generation weitergegeben. Unser Anliegen ist
479 es dabei, dass dies in gerechter Art und Weise geschieht. Ob jemand viel oder
480 wenig erbt ist Zufall - wir wollen, dass alle von großen Erbschaften
481 profitieren und nicht nur wenige.

482 Gleichzeitig stellen Betriebsvermögen eine große Herausforderung dar:
483 Verfassungsrechtlich ist eine deutliche Ungleichbehandlung von Betriebs- und
484 Privatvermögen nicht zulässig. Wir sehen keinen Grund Betriebsvermögen besser
485 zu stellen als Privatvermögen.

486 Daher fordern wir eine Erbschaftssteuer mit Freibeträge für Privat- wie
487 Betriebsvermögen in gleicher Höhe. Bei einem Freibetrag von 150.000 Euro für
488 Eltern, Kinder und Mitglieder im gleichen Familienvertrag, sowie Eltern und
489 Kindern von Mitgliedern der Familie, können fünf durchschnittliche
490 Jahreseinkommen komplett steuerfrei weitergegeben werden. Für alle anderen
491 Personen sollte die Hälfte des Freibetrags gelten. Dabei soll, anders als
492 bisher, der Freibetrag der Erbschafts- und Schenkungssteuer von 150.000 Euro nur
493 einmal im Leben in Anspruch genommen werden. Vermögen bis zu zehn Million Euro
494 sollten progressiv besteuert werden, beginnend mit einem Steuersatz von 10
495 Prozent wächst der Steuersatz progressiv an. Ab einem zu vererbenden Vermögen
496 von 10 Millionen Euro wird alles darüber hinaus mit einem Steuersatz von 100
497 Prozent besteuert.

498 Auch Betriebsvermögen sollten auf diese Art besteuert werden. Hier möchten wir
499 jedoch Betrieben auch den Weg in genossenschaftlich organisierte Modelle
500 offenhalten. Dazu fordern wir eine neue Form im Gesellschaftsrecht: Die
501 Belegschaft soll als Kollektiv Anteile eines Unternehmens besitzen können, ohne
502 diese verkaufen zu können. Mitglied der Belegschaft sind alle Angestellten. Die
503 Belegschaft hat volles Mitbestimmungsrecht gemäß ihres Anteils und kann ebenso
504 an Gewinnen beteiligt werden.

505 Mit diesen Maßnahmen wollen wir gerechte Verhältnisse herstellen - über
506 Generationen hinweg.

507 Besteuerung von Finanztransaktionen

508 Für die GRÜNE JUGEND ist klar: Dass es auch acht Jahre nach Ausbruch der
509 globalen Finanzkrise noch nicht gelungen ist Finanzgeschäfte auch nur minimal
510 zu besteuern und den Finanzsektor damit an den finanziellen Kosten der Krise zu
511 beteiligen ist ein politisches Armutszeugnis. Deshalb fordern wir eine
512 Finanztransaktionssteuer mit einem Steuersatz zwischen 0,05 und 0,1 Prozent.
513 Diese Steuer soll ausnahmslos für alle Finanzprodukte gelten. Zentral sind
514 außerdem das Ausgabe- und das Residenzprinzip, damit alle Transaktionen
515 innerhalb der teilnehmenden Länder oder mit Beteiligung einer Bank der
516 teilnehmenden Länder, von der Steuer erfasst werden.

517 **6. Gesellschaft formen statt kaputt sparen!**

518 Die Mehreinnahmen aus einer gerechteren Steuerpolitik müssen in eine soziale
519 Infrastruktur investiert werden, die der gesamten Gesellschaft zur Verfügung
520 steht. Diese Infrastruktur ist in den letzten Jahren/Jahrzehnten vor allem unter
521 dem verheerenden Paradigma der "Schwarzen Null" kaputt gespart worden. Kaputte
522 Fahrradwege, zerfallende Schulgebäude und geschlossene Sporteinrichtungen
523 findet man an jeder Ecke. Sparen wurde zum Selbstzweck erhoben und trotz
524 wirtschaftlichem Aufschwung, werden notwendige Investitionen unterlassen. Dem
525 stellen wir als GRÜNE JUGEND uns klar entgegen. Denn für uns ist das Ziel
526 einer gerechten Gesellschaft kein abstrakter Selbstzweck. Es ist ein genuin
527 demokratisches Anliegen hin zu einer Gesellschaft der Inklusion. Für uns ist
528 klar: eine solidarische Gesellschaft, die allen Menschen die Möglichkeit zur
529 Teilhabe bietet, setzt voraus, dass die soziale Infrastruktur gestärkt und
530 wichtige Institutionen, wie zum Beispiel Bildungseinrichtungen ausfinanziert
531 werden.

532 Kommunen stärken - soziale Infrastruktur ermöglichen

533 Öffentlicher Raum und gesellschaftliche Institutionen, die die Möglichkeit zum
534 Austausch bieten und die Verdrängung der Menschen aus der öffentlichen Sphäre
535 verhindern, sind unerlässlich für eine gerechte Gesellschaft. Soziale
536 Gerechtigkeit beginnt deshalb vor Ort in den Kommunen. Hier können
537 Investitionen in die öffentliche Infrastruktur ein Schlüssel von vielenhin zu
538 einer solidarischen Gesellschaft sein.

539
540 Durch eine verfehlte Kommunalpolitik der Großen Koalition, die eine schwarze
541 Null aber nicht die Bedürfnisse der Menschen im Blick hat, sind jedoch viele
542 Kommunen mit einer dramatischen Haushaltssituation alleingelassen. Viele
543 Kommunen müssen soziale Einrichtungen schließen, die Förderung von Projekten
544 beenden oder können gar ihren Pflichtaufgaben nicht nachkommen. Dieser Prozess
545 wird zudem durch Schuldenbremsen von Bund und Ländern verstärkt, nicht nur
546 deswegen lehnen wir das Prinzip der Schuldenbremse und eine ideologische

547 Sparpolitik ab.

548

549 Wenn der Bund Aufgaben an die Kommunen delegiert, muss daher sichergestellt
550 sein, dass die Kommunen auch ausreichende finanzielle Ressourcen hierfür
551 erhalten. In einem ersten Schritt kann hier eine rechtsverbindliche Konnexität
552 zwischen Bund und Kommunen Abhilfe schaffen.

553

554 Vor allem wollen wir aber allen Kommunen wieder die Chance geben,
555 handlungsfähig zu sein und Investitionen voranzutreiben. Zum Einen treten wir
556 daher für ein breit angelegtes Investitionsprogramm ein, in dem der Bund den
557 Kommunen Gelder für Investitionen zur Verfügung stellt. Zum anderen wollen wir
558 den Solidaritätszuschlag nutzen, um davon einen Altschuldentilgungsfonds für
559 die Kommunen aufzusetzen. Auch die vollständige Berücksichtigung der
560 kommunalen Haushalte im Länderfinanzausgleich streben wir weiter an.

561 Soziale Infrastruktur heißt Armutsbekämpfung

562 Von einer funktionierenden Infrastruktur sind vor allem die Menschen am unteren
563 Ende der Einkommens- und Vermögensverteilung abhängig, da es für sie meistens
564 weniger Möglichkeiten gibt, auf Alternativen zu staatlichen Leistungen zurück
565 zu greifen. Eine schwache Infrastruktur verstärkt demnach strukturelle Armut.
566 Die Finanzierung sozialer Infrastruktur ist deshalb ein essenzieller Teil des
567 Kampfes gegen soziale Ausgrenzung. Sie kann die Folgen von Armut lindern, diese
568 aber jedoch nicht grundsätzlich aufheben. Investitionen in eine soziale
569 Infrastruktur sind daher keine Alternative zu individuellen Transferleistungen.
570 Ganz im Gegenteil, setzt eine effektive Armutsbekämpfung beides voraus, eine
571 verbesserte soziale Infrastruktur und eine andere Verteilungspolitik.

572 Bezahlbarer Wohnraum für alle

573 Gerade in der Frage des Wohnens hat sich in den letzten Jahren das staatliche
574 Versagen am deutlichsten gezeigt. Gerade in größeren Städten werden Wohnungen
575 immer unerschwinglicher. Das liegt zu einem großen Teil daran, dass in der
576 Vergangenheit staatlicher Wohnraum immer stärker privatisiert wurde und der
577 soziale Wohnungsbau in starkem Maße vernachlässigt wurde. Diese Entwicklung
578 bedingte eine immer stärkere Gentrifizierung, die zur Folge hat, dass arme
579 Menschen immer stärker aus Städten und ihren bisherigen Wohnungen verdrängt
580 wurden. Wir fordern deshalb ein Ende der Privatisierung von Sozialwohnungen, den
581 Ausbau des sozialen Wohnraums, die Stärkung von Rechten von Mieter_innen, eine
582 tatsächlich wirksame Mietpreisbremse und einen verpflichtenden Anteil von
583 Sozialwohnungen bei Neubauten.

584 Für mehr öffentlichen Raum und inklusive öffentliche Einrichtungen

585 Gentrifizierung hört jedoch nicht mit dem Wohnungsmarkt auf, sondern führt auch

586 dazu, dass es in Städten immer weniger frei zugängliche Orte und Plätze gibt.
587 Auch das bedeutet, dass Menschen, die von Armut betroffen sind, immer stärker
588 aus dem gesellschaftlichen Leben verdrängt werden. Stattdessen brauchen wir
589 wieder mehr Freiräume, die ohne Konsumzwang für alle zugänglich sind.
590 Dasselbe gilt für Freizeitangebote. Neben der Erfüllung von Grundbedürfnissen
591 haben auch alle Menschen ein Recht auf soziale und kulturelle Angebote. Der
592 Zugang zu sportlichen Aktivitäten oder kulturellen Angeboten, wie zum Beispiel
593 Bibliotheken, muss deshalb für alle Menschen gegeben sein. Das setzt sowohl die
594 bessere Finanzierung der Kommunen als auch die inklusive Gestaltung und
595 grundsätzliche Gebührenfreiheit öffentlicher Einrichtungen, so wie ein Ende
596 der Privatisierung des öffentlichen Raums voraus. Ein weiterer enorm wichtiger
597 Aspekt sozialer Teilhabe ist Mobilität. Gerade Menschen mit geringeren
598 finanziellen Mitteln sind dabei verstärkt auf den öffentlichen Nah- und
599 Fernverkehr angewiesen. Deshalb fordern wir sowohl den Ausbau des öffentlichen
600 Verkehrssektor als auch die flächendeckende Einführung eines fahrscheinlosen
601 ÖPNV als Schritte hin zu mehr Teilhabe und Gerechtigkeit.

603 Umweltschutz ist eine Frage der Gerechtigkeit

604
605 Beim Streben nach einer gerechten Gesellschaft darf Umweltgerechtigkeit nicht
606 vergessen werden. Soziale und ökologische Gerechtigkeit sind eng verwoben und
607 beeinflussen einander. So leben zum Beispiel in Gebieten mit hoher
608 Feinstaubbelastung oftmals Menschen mit geringem Einkommen. Diese sind auch von
609 den Emissionen von Kohlekraftwerken stärker betroffen. Das Atmen von
610 schadstoffbelasteter Luft hat nachweislich negative gesundheitliche Folgen, die
611 sich über die gesamte Lebensspanne von Individuen erstrecken und hohe
612 Gesundheitskosten verursachen. Gleichzeitig erzeugen Industriezweige, die mit
613 der Verbrennung von Rohstoffen arbeiten, neben zahlreichen anderen Emissionen
614 auch Treibhausgase, welche den Klimawandel befeuern. Sowohl auf lokaler als auch
615 auf globaler Ebene sind von den ökologisch-sozialen Folgen des Klimawandels die
616 Verletzlichsten am stärksten betroffen. Die Einführung von autofreien
617 Innenstädten und die Förderung von Fahrradverkehr und Fußgänger*innen allein
618 reichen demnach nicht aus. Es müssen auch der Strommix und die Industrie
619 verändert werden. Es ist deshalb dringend nötig, dass mehr Geld in den Ausbau
620 von Solar- und Windkraft und den Ausbau des Stromnetzes sowie
621 Speichermöglichkeiten gesteckt wird und dieser konsequenter durchgesetzt wird.
622 Die GRÜNE JUGEND fordert eine Reduktion der CO₂-Emissionen um 65% (im Vergleich
623 zu 1990) bis zum Jahr 2025 und eine Reduktion um mindestens 95% bis 2050. 2050
624 muss zudem Treibhausgasneutralität erreicht werden.

625 **7. Bildungsgerechtigkeit statt Chancengleichheit**

626 Die GRÜNE JUGEND sieht gute Bildung von Anfang an als eine Grundlage für
627 soziale Gerechtigkeit an, daher brauchen wir deutlich mehr Investitionen im
628 Bildungsbereich. Sowohl Kitas, Schulen als auch Hochschulen sind gerade im
629 Moment in besorgniserregendem Maße unterfinanziert. Dem muss endlich

630 entgegengewirkt werden, wir fordern die Ausfinanzierung des gesamten
631 Bildungsbereiches. Kitas müssen beitragsfrei sein, Studiengebühren lehnen wir
632 ab. Die verschiedenen Sektoren dürfen hierbei nicht gegeneinander ausgespielt,
633 sondern müssen zusammen gedacht werden. Ein wichtiger Schritt zur Verbesserung
634 der Finanzierung von Bildungseinrichtungen ist die komplette Abschaffung des
635 Kooperationsverbotes, der Bund muss endlich in die Bildung investieren dürfen.
636 Um tatsächlich Gerechtigkeit zu schaffen, muss die Förderung und Ausstattung
637 von Bildungseinrichtungen massiv verbessert werden. Die ersten Lebensjahre
638 entscheiden besonders über die Entwicklung eines Kindes. Daher brauchen wir
639 gute Kitas und Ganztagschulen mit motivierender Lernatmosphäre, in denen jedes
640 einzelne Kind individuell gefördert werden kann. Das führt auch zu einer
641 Entlastung von Alleinerziehenden, die zu den am stärksten von Armut betroffenen
642 Gruppen in Deutschland gehören. Die Gruppengrößen in Kitas und Schulen
643 müssen deutlich reduziert werden. Lehrkräfte und Erzieher*innen müssen fair
644 bezahlt werden, gut ausgebildet sein und sich kontinuierlich weiterbilden, um
645 den sozialen Anforderungen heterogener Gruppen gerecht zu werden und für ein
646 gutes Miteinander zu sorgen. Das Schulsystem muss grundlegend reformiert werden,
647 die inklusive Gemeinschaftsschule, das heißt eine Schule für alle Kinder, ist
648 die Schule der Zukunft!

649 Die Forderung nach Chancengerechtigkeit ist dabei für uns in keinster Weise
650 ausreichend. Die formelle Möglichkeit des sozialen Aufstiegs beruht auf der
651 Anerkennung von Oben und Unten in der Gesellschaft und beruht auf einer
652 neoliberalen Ideologie. Stattdessen fordern wir, dass Bildungseinrichtungen auf
653 die individuellen Bedürfnisse der einzelnen Menschen eingehen und tatsächliche
654 Teilhabe für alle schaffen.

655 Eine gerechte Gesellschaft kann sich erst als gerecht beweisen, wenn sie es
656 schafft Hürden der Teilhabe für alle abzubauen. Insofern ist unser Begriff der
657 Gerechtigkeit immer eng verknüpft mit unserer Vorstellung von Demokratie. Nur
658 dort, wo Menschen gehört werden, wo sie ihre Stimmen erheben können, öffnet
659 sich das Fenster zu einer gerechten Gesellschaft.

Begründung

erfolgt mündlich.

A1 Beschluss Arbeitsprogramm 2017

Gremium: Mitgliederversammlung
Beschlussdatum: 02.10.2016
Tagesordnungspunkt: TOP 10 Arbeitsprogramm 2016 / 2017

1 Die politischen Debatten spitzen sich zu, die Demokratie wird von rechts
2 angegriffen und der gesellschaftliche Diskurs droht in vielen Fragen nach rechts
3 abzurutschen.

4 In dieser Lage stehen wichtige Wahlen in der Bundesrepublik, aber auch in
5 anderen Staaten an. Mit Donald Trump und Marine Le Pen stehen zwei
6 aussichtsreiche rechtspopulistische Kandidat_innen davor, die Präsidentschaft
7 von zwei großen und einflussreichen Staaten zu übernehmen. In Schleswig-
8 Holstein, im Saarland und in Nordrhein-Westphalen stehen Landtagswahlen vor der
9 Tür bevor schließlich im September die Bundestagswahl stattfinden wird. Neben
10 dem Kampf gegen rechts steht hier vor allem der Kampf für eine progressive,
11 grüne Idee vom Zusammenleben in einer offenen Gesellschaft mit Zukunft im
12 Mittelpunkt. Dabei wird auch die Frage eine Rolle spielen, wie sich die grüne
13 Partei zu möglichen Regierungsoptionen verhalten wird, um grüne Politik in die
14 Realität umzusetzen. Als außerparlamentarische Kraft in der Partei ist es
15 gerade hier unsere Aufgabe kritische Fragen zu stellen, Überzeugungen vor
16 Machtstreben zu stellen und die Partei an ihre Ideale zu erinnern.

17 Gleichzeitig wollen wir mit unseren Ideen und unserer Politik bei unserer so oft
18 als unpolitisch bezeichneten Generation ankommen. Das Blatt wendet sich, immer
19 mehr politisches Interesse wird verzeichnet und gerade in einem Superwahljahr
20 wie 2017 wird mehr denn je über Politik diskutiert. Wir wollen die Leute in
21 ihrer Lebensrealität abholen, ihre Probleme und ihre Fragen aufgreifen, die
22 Notwendigkeit politischen Engagements und politische Veränderung aufzeigen und
23 ihnen eine Plattform bieten um für eine bessere Welt zu kämpfen.

Politische Bildungsarbeit

25 Unsere Bildungsarbeit ist ein zentraler Grundpfeiler unserer politischen Arbeit.
26 Sie aktiviert neue Mitglieder, wappnet uns für die Auseinandersetzung mit
27 politischen Gegnern und unserem Einsatz für unsere Ideen und Ziele. Gerade in
28 Zeiten eines gesellschaftlichen Rechtsrucks ist gute, kritische Bildungsarbeit
29 wichtig.

30 Im letzten Jahr sind wir den Weg gegangen, die politische Bildungsarbeit von der
31 Öffentlichkeitsarbeit und der Kampagnenarbeit zu entkoppeln. Es war gut, das
32 auszuprobieren. Auch wenn es für die verbandsinternen Debatten und die Wirkung
33 der Themen oft sinnvoll ist, wenn Bildungsarbeit und Kampagnenarbeit Hand in
34 Hand gehen, kann sich Bildungsarbeit nicht nur nach tagespolitischer
35 Öffentlichkeitsarbeit und aktuellen Kampagnen orientieren, sondern muss auch
36 politische Grundbildung leisten und immer wieder Themen abseits des akuten
37 politischen Geschehens aufgreifen, um Mitglieder mit ihren verschiedenen
38 Wissensständen abzuholen. Auch wenn ein Bildungsschwerpunkt, der an die
39 aktuellen politischen Herausforderungen anknüpft, Orientierung bei der
40 Ausrichtung von Bildungsangeboten geben kann, soll es deshalb für Fachforen die
41 Möglichkeit geben, sowohl Grundlagenseminare zu zeitlosen Themen zu
42 veranstalten, als auch während des Wahlkampfs im Sommer 2017 in ihrer
43 Bildungsarbeit zugunsten für den Wahlkampf relevanter Themen vom
44 Bildungsschwerpunkt abweichen zu können. Durch Seminare zu Wahlkampf-Themen
45 können wir Interessierten an Wahlkampfständen direkt ein Angebot unserer
46 Bildungsarbeit machen.

47 Neben dem regulären Seminarprogramm, soll es erneut ein Schwerpunktseminar für
48 mindestens 30 Mitglieder im Winter, sowie eine Sommerakademie, für mindestens
49 80 Mitglieder stattfinden. Beide sollen verschiedene Aspekte des
50 Bildungsschwerpunkts beleuchten, einen thematischen roten Faden haben und sich
51 intensiv mit einem Thema beschäftigen. Fachforen sollen die Möglichkeit haben,
52 sich mit Workshops im Programm der Sommerakademie einzubringen.

53 **Bildungsschwerpunkt „Zukunft der Demokratie“**

54 In einem Jahr, das von bedeutenden Wahlen begleitet werden wird, wollen wir die
55 Demokratie genauer unter die Lupe nehmen – die Präsidentschaftswahlen in den
56 USA und in Frankreich stehen an, mit chancenreichen Kandidat_innen außerhalb
57 des demokratischen Spektrums und gewaltigen politischen Verschiebungen in der
58 demokratischen Kultur bis hin zur Bundestagswahl in der Bundesrepublik kommenden
59 September. Wir erleben, dass Demokratie nicht mehr so selbstverständlich ist,
60 wie es viele lange geglaubt hatten. Wir erleben Einschnitte in die
61 demokratischen Grundrechte. Radikale Islamisten im Nahen und mittleren Osten
62 propagieren einen autoritären Gegenentwurf zur Demokratie, rechte Kräfte
63 stellen in Europa und in den USA mit der Behauptung, den „Volkswillen“ zu
64 vertreten, demokratische Errungenschaften in Frage und demokratische Regierungen
65 werden wie in Brasilien sabotiert und schließlich gestürzt.

66 In Europa zeigt sich eine Tendenz zum autoritären Regieren und mit dem Aufstieg
67 der Rechtspopulist_innen eine politische Partei, die dies zu ihrem Programm
68 erhebt. Die Demokratie steht unter einer Bedrängnis wie schon lange nicht mehr.
69 Doch was ist das überhaupt, diese Demokratie? Warum lohnt sich der Kampf um sie
70 und wenn sie eine Zukunft haben sollte, wie sähe die dann aus?

71 Unter dem Schwerpunkt Demokratie soll keineswegs allein die politische Praxis
72 der Mitbestimmung im Mittelpunkt stehen. Minderheitenschutz, die Rolle von
73 Religionen und deren Verhältnis zum Staat, Souveränität der Bürger_innen,
74 Autorität des Staates, Einschränkungen von Grundrechten in Zeiten der
75 Bedrohung, Jugendpartizipation, Beteiligung im digitalen Zeitalter, die
76 Auswirkungen der Digitalisierung auf demokratische Öffentlichkeit(en), die
77 Rolle und Macht der Medien, das Spannungsverhältnis zwischen Kapitalismus und
78 Demokratie, Demokratisierung der Arbeit und von Betrieben aber auch Bürokratie
79 und Technokratie sind dabei Aspekte, die wir näher beleuchten wollen.

80 Demokratie zu verstehen, neu zu denken und dabei einen emanzipatorischen
81 Gegenentwurf zu reaktionären rechten Bewegungen zu gestalten, soll dabei unser
82 Ziel sein. Dazu ist uns wichtig, die **transnationale Perspektive** zu eröffnen:
83 Wie gestalten wir **Demokratie jenseits von Nationalstaaten**? Was lernen wir aus
84 den **Fehlern der westlichen Politik des „Demokratieexports“**? Und wie geht es
85 mit Europa nach dem Brexit weiter?

86 Auch zur Beantwortung dieser Fragen wollen wir uns international vernetzen und
87 mit **Initiativen der Europäischen Kommunen** zum Beispiel in Spanien
88 zusammenarbeiten aber gleichzeitig auch über jenseits der europäischen
89 Perspektive beispielsweise den **Demokratischen Konföderalismus in Kurdistan**
90 thematisieren.

91 **Methodische Weiterbildung**

92 In Vorbereitung des Wahlkampfes wollen wir eine Methodenoffensive starten. Diese
93 soll aus vier Methodenseminaren mit unterschiedlicher Schwerpunktsetzung
94 bestehen. Darüberhinaus soll der Bundesvorstand zu Beginn eine grundlegende
95 Methodenausbildung erhalten.

96 - Ein **Methodenseminar zur Bildungsarbeit** soll Mitglieder, die in der
97 Bildungsarbeit aktiv sind mit pädagogischen Grundlagen sowie Kenntnissen in
98 Workshopgestaltung und im Umgang mit Gruppendynamiken ausstatten.

99 - Ein **Methodenseminar zu Öffentlichkeitsarbeit und Rhetorik** soll vor allem
100 Landessprecher_innen für die Bereiche Social Media und Video, Pressearbeit,
101 sowie für die Arbeit in den Parteistrukturen fortbilden.

102 - Ein **Methodenseminar zu Organisation** richtet sich vor allem an die
103 geschäftsführenden Landesvorstände und soll Kenntnisse in den Bereichen
104 Moderation, Personal, Teamführung und Projektmanagement vermitteln.

105 - Ein Seminarwochenende zum Wahlkampfauftakt soll den **Methodenschwerpunkt**
106 **Wahlkampftraining** enthalten.

107 Alle Seminare sollen sich an den jeweiligen Zielgruppen orientieren,
108 gleichzeitig aber auch für interessierte Mitglieder im Verband offen stehen.

109 Öffentlichkeitsarbeit

110 **Social Media und Video**

111 Die bestehende Social Media Arbeit soll ausgebaut und verbessert werden. Dazu
112 soll auf hauptamtliche Arbeit zurückgegriffen werden. Ein Konzept für
113 Instagram, Telegram und Whatsapp sowie Snapchat ist vom Bundesvorstand zu
114 entwickeln. Dabei soll eine Überlastung und ein Überangebot vermieden werden
115 und die Arbeit auf relevante Kanäle beschränkt werden, die uns dazu dienen,
116 möglichst viele neue Menschen zu erreichen und gleichzeitig unsere Mitglieder
117 einzubinden.

118 Darüber hinaus wollen wir das Audiovisuelle Angebot in Form von Videos
119 ausbauen. Dazu sollen die notwendigen finanziellen Ressourcen bereit gestellt
120 werden um Know-How und Technik zu erwerben. Gerade der Bundestagswahlkampf soll
121 durch Videoangebote belebt werden.

122 **Corporate Design**

123 Die Verbreitung des neuen Corporate Designs über alle Ebenen durch die
124 Botschafter_innen soll fortgesetzt werden. Gleichzeitig soll das bestehende
125 Corporate Design in Absprache mit den Botschafter_innen und den Landesverbänden
126 weiterentwickelt werden. Sinnvolle Ergänzungen mit Blick auf den Wahlkampf
127 sollen vom Bundesvorstand eingeführt werden.

128 Bundestagswahlkampf 2017

129 **Kampagne**

130 Wir werden als GRÜNE JUGEND im kommenden Jahr den Bundestagswahlkampf dazu
131 nutzen, für unsere Überzeugungen auf die Straße zu gehen und junge Menschen
132 für linke, grüne Politik zu begeistern. Ziel ist es vor allem Bekanntschaft zu
133 erlangen und neue Mitglieder zu gewinnen.

134 Dazu soll eine eigene Kampagne von Bundesvorstand und Wahlkampfteam
135 ausgearbeitet werden. Dabei soll der Fokus auf einigen wenigen Erzählungen
136 liegen, die junge Menschen in ihrer Lebensrealität abholen und sie für
137 politisches Engagement begeistern. Die Kampagne soll auf dezentralen Elementen
138 beruhen und mittels Aktionspaketen und Veranstaltungen in den Ortsgruppen breit
139 gestreut werden. Eine enge Zusammenarbeit mit den Landesgeschäftsstellen und
140 Landesvorständen wird hierbei angestrebt.

141 Die Bildungsarbeit soll die Wahlkampfthemen berücksichtigen und sie in den
142 Verband hineintragen um fundierte Argumentationen zu ermöglichen. Aber auch die
143 methodische Ausbildung soll gewährleistet werden. Daher soll das Wahlkampfteam,
144 aber auch weitere Aktive ein umfassendes Angebot an Wahlkampfschulung und
145 Kampagnenfortbildung gewährt werden.

146 Auch soll für die Zeit nach der Bundestagswahl eine Kampagne erarbeitet werden,
147 die Bundestagswahl als Anlass zur Politisierung, Aktivierung und Gewinnung von
148 Mitgliedern zu nutzen.

149 Innerverbandliche Arbeit

150 **Gleichstellung und Förderung von Frauen, Inter und Trans**

151 Auch im kommenden Jahr soll, zur innerverbandlichen
152 Geschlechtersensibilisierung, ein breites Bildungsangebot realisiert werden.
153 Vorderstes Ziel soll hierbei sein, 2017, genau wie im Vorjahr, eine
154 BundesFrauen*InterTrans*-Konferenz zu konzipieren und umzusetzen, um Frauen*,
155 Inter- und Trans*-Personen einen Ort für Vernetzung und Weiterbildung zur
156 Verfügung zu stellen. Im Vorfeld soll eine kleinschrittige Evaluation der
157 vergangenen Konferenzen erfolgen, um die BF*IT*K qualitativ stetig
158 weiterzuentwickeln.

159 Zudem soll das Seminarangebot weiter ausgebaut werden, insbesondere durch
160 Veranstaltungen, die nur für Frauen*, Inter und Trans* geöffnet sind. Aufgabe
161 des Frauen*, Inter-, Trans*-Personen und Genderrates ist es, im Jahr 2017 einen
162 besonderen Schwerpunkt auf das Empowerment von F*IT* zu legen.

163 Im kommenden Jahr sollen Veranstaltungen besonders auch aus Gender-Perspektive
164 evaluiert werden, etwa in Bezug auf Teilnehmende, Redeanteile oder die Quote
165 unter Referierenden. Außerdem sollen auf Veranstaltungen häufiger
166 Genderwatches durchgeführt werden.

167 2017 steht unter dem Zeichen der Bundestagswahlen – und mehrerer
168 Landtagswahlen.

169 Aufgabe der Bundes-FITGPS soll es im kommenden Jahr sein, die Vernetzung mit den
170 Landes-FITGPSen weiter voranzutreiben. Im vergangenen Jahr wurde bereits eine
171 Mailingliste initiiert, im Austausch mit den entsprechenden FITGPSen kann unter
172 Umständen über die Etablierungen einer Quartalstelefonkonferenz nachgedacht
173 werden, um den Austausch der entsprechenden Amtsträger_innen voranzutreiben und
174 die F*IT*-Förderung auf Bundes- und Landesebene zu vernetzen und
175 voranzutreiben.

176 Durch die Wahlkampagne sollen insbesondere FIT-Personen aktiviert und
177 angesprochen werden.

178 Wie in den Vorjahren soll auch 2017 Bündnisarbeit sowie die Mobilisierung zu
179 queer-feministisch relevanten Aktionstagen eine Aufgabe des Bundesverbandes
180 sein. Nennenswert sind hier etwa der Frauen*kampftag am 8. März, der Equal Pay
181 Day am 18. März, IDAHOBIT am 17. Mai und die Gegendemos zum Marsch für das
182 Leben.

183 **Finanzen**

184 Die Praktikumskommission, die derzeit an einem Konzept für gute Praktika in der
185 GRÜNEN JUGEND arbeitet, soll ihre Arbeit fortführen und ein Konzept
186 fertigstellen.

187 Außerdem soll die Spendenstrategie verbessert werden. Wir haben große
188 Möglichkeiten, neue Spendenquellen zu erschließen und alte zum Sprudeln zu
189 bringen. Das soll im ersten Teil des nächsten Jahres angegangen werden, damit
190 wir unsere Spendenbilanz bis zur Bundestagswahl verbessern können.

191 **Bund-Länder-Vernetzung**

192 Die erfolgreiche Vernetzung soll fortgeführt werden. Speziell mit Blick auf die
193 Wahlkämpfe in drei Bundesländern, soll hier ein vermehrter Austausch im
194 Wahlkampf stattfinden. Dabei sollen GJ-Kandidat_innen in den Ländern
195 Unterstützung erhalten. Auch den Kandidat_innen zur Bundestagswahl, die der GJ
196 angehören soll eine Möglichkeit zum Austausch geboten werden.

197 Darüberhinaus stehen mit TTIP und CETA aber auch in der Einwanderungspolitik
198 wichtige Bundesratsentscheidungen an. Hier wird eine Vernetzung im Vorfeld und
199 ein gemeinsames Vorgehen in der Öffentlichkeitsarbeit der Länder und des
200 Bundesverbands angestrebt.

201 Zwecks der besseren Unterstützung der Mitte-Ost-Landesverbände Thüringen,
202 Sachsen-Anhalt, Sachsen und Brandenburg werden aus dem Bundesvorstand zwei
203 Personen für diese zuständig sein. Darunter ist mindestens eine FIT-Person zu
204 bestimmen. Insgesamt wollen wir einen stärkeren Austausch schaffen und dabei
205 helfen, die Probleme dieser strukturschwachen Verbände anzugehen. Neben dem
206 üblichen Besuch der Landesmitgliederversammlungen soll daher auch eine
207 Beteiligung an den bereits bestehenden Vernetzungstreffen der vier
208 Landesverbände sowie eine Teilnahme am Mitte-Ost-Kongress erfolgen. Gerade mit
209 Blick auf den anstehenden Bundestagswahlkampf wollen wir diese nicht alleine
210 lassen und gemeinsame Konzepte voranbringen. Dies gilt auch für andere
211 mitgliedsschwache Landesverbände mit begrenzten Kapazitäten.

212
213 Weiterhin sollen die Strukturen der Bund Länder Vernetzung reflektiert und die
214 Einführung einer verbesserten Struktur des Austauschs, die in der Lage ist,
215 auch nicht Landesvorstandsmitglieder einzubeziehen, soll geprüft werden.

216 **Kommunale Vernetzung**

217 Als Verband sind wir auf vielen Ebenen aktiv. Eine Ebene, die oft wenig in den
218 Vordergrund gerückt ist die Kommunale Ebene. Junggrüne Kommunalpolitiker_innen
219 finden sich oft mit unterschiedlichen Herausforderungen konfrontiert, die stark
220 untereinander variieren. Gleichzeitig gibt es nur selten einen bundesweiten
221 Erfahrungsaustausch. Zu diesem Zweck soll der Bundesverband im Frühjahr 2017
222 ein Kommunal-Seminar veranstalten.

223 **SPUNK**

224 Die SPUNK-Redaktion hat im vergangenen Jahr erneut Artikel geschrieben,
225 koordiniert, lektoriert und veröffentlicht. Im nächsten Jahr soll diese Arbeit
226 fortgeführt werden. Dabei soll es weiterhin eine Mischung aus tagesaktuellen
227 Artikeln, Artikelserien und der Sichtbarmachung innerverbandlicher Arbeit geben,
228 die Vielfalt der Formate wollen wir dabei weiterentwickeln und z.B. durch
229 Kolumnen und veränderte Debattenformate erweitern.

230 Der Bildungsschwerpunkt, sowie die Bildungsarbeit auf Seminaren und anderen
231 Bildungsveranstaltungen, soll auch im nächsten Jahr wieder durch den SPUNK,
232 z.B. mit Hilfe von Artikelserien begleitet werden.

233 Im Jahr der Bundestagswahl wollen wir versuchen mit dem SPUNK eine Plattform
234 für innerverbandliche und gesellschaftliche, tagesaktuelle und grundsätzliche
235 Themen zu bieten. Um das zu ermöglichen soll sich die SPUNK-Redaktion im
236 nächsten Jahr besonders regelmäßig, auf mindestens 4 Redaktionssitzungen,
237 treffen und sich darüber hinaus in verschiedenen Bereichen methodisch
238 fortbilden, z.B. im Bereich Social Media. Zur Bundestagswahl hin soll erneut
239 eine gedruckte Sonderausgabe erscheinen, die sich mit den inhaltlichen
240 Schwerpunkten des junggrünen Wahlkampfes beschäftigt und an alle Mitglieder
241 versendet wird. Darüber hinaus soll der Wahlkampf im SPUNK zum Beispiel durch
242 Berichte und inhaltliche Artikel zu Debatten im Wahljahr begleitet werden.

243 Nachdem der SPUNK nun schon eine Weile online ist, ist es an der Zeit sich mit
244 den verschiedenen Länderredaktionen, ob von Print- oder Webmagazinen, zu
245 vernetzen, um Erfahrungen und (methodisches) Wissen untereinander auszutauschen
246 und sich über die zukünftige Gestaltung und vor allem Zusammenarbeit von
247 Mitgliedermagazinen auf allen Ebenen zu unterhalten.

248 **Internationales**

249 2017 soll ein Austausch zu gesellschaftlicher Teilhabe mit den schwedischen und
250 norwegischen jungen Grünen stattfinden, sofern der Projektantrag angenommen
251 wird. Um auch 2018 ein internationales Projekt stattfinden lassen zu können,
252 soll die IK dem Bundesvorstand im Frühjahr ein Konzept vorschlagen. Die IK wird
253 zudem damit beauftragt, die bisherigen Antragsprozesse zu evaluieren. Unter
254 Berücksichtigung zur Verfügung stehender Kapazitäten soll versucht werden,
255 das Sommercamp 2017 von FYEG in Deutschland stattfinden zu lassen. Generell muss
256 auch der Informationsfluss von FYEG zur GRÜNEN JUGEND gestärkt werden. In
257 diesem Sinne wird die IK damit beauftragt, die bei FYEG aktiven Mitglieder
258 stärker untereinander zu vernetzen. Zur verbesserten Verbreitung von
259 Engagementmöglichkeiten im internationalen junggrünen Spektrum wird die IK des
260 Weiteren damit beauftragt, ein Video zu produzieren. Es soll auch versucht
261 werden, Menschen aus Mitgliederorganisationen von FYEG und CDN zum Wahlkämpfen
262 während der Bundestagswahl zu motivieren.

263 **Mitgliederwerbung und Aktivierung**

264 Im letzten Jahr haben wir uns intensiv mit der Frage beschäftigt, wie wir in
265 der GRÜNEN JUGEND wieder mehr werden können. Das können wir nur, wenn wir
266 aktiv sind und damit andere überzeugen. Unser Leitspruch ist
267 Mitgliederaktivierung. Das wollen wir im nächsten Jahr fortführen und
268 insbesondere die Wahlkampagne nutzen, um mehr (aktive) Mitglieder zu gewinnen.
269 Dazu soll der Bundesvorstand zusammen mit den Landesvorständen weitere Konzepte
270 für die regionalen Ebenen entwickeln. Über Ortsgruppen-Workshops, Direct
271 Messaging, gemeinsame Aktionen und Telefonkonferenzen mit den Landesverbänden
272 und Ortsgruppen haben wir im letzten Jahr versucht, die Vernetzung und den
273 Informationsfluss zwischen den Ebenen zu verbessern und wollen dies im nächsten
274 Jahr noch weiter fortsetzen.

V4 Beschluss Keine Koalitionen mit der CSU!

Antragsteller*in: Mitgliederversammlung
Tagesordnungspunkt: TOP 11 V-Anträge

1 Die GRÜNE JUGEND stellt fest, dass die Parteiführung der CSU eine offen
2 rassistische und nationalistische Politik betreibt, die in Teilen der der AfD in
3 nichts nachsteht. Die GRÜNE JUGEND lehnt Koalitionen mit der CSU deswegen ab
4 und fordert Bündnis 90/Die Grünen auf, keine Koalitionen mit der CSU
5 einzugehen, bis die Parteiführung der CSU ihre menschenverachtende Politik
6 beendet.

Begründung

Nicht erst seit Angela Merkels Entscheidung, den in Ungarn festsitzenden Geflüchteten Schutz zu gewähren, aber besonders seit September 2015 stellen führende Politiker*innen der CSU vermehrt rassistische, nationalistische oder anderweitig menschenverachtende Forderungen. Dabei schrecken Seehofer, Söder, Scheuer und Co auch nicht vor übelster Hetze gegen Geflüchtete zurück, die genauso auch von der AfD oder sogar der NPD stammen könnte. So übernahm Horst Seehofer 2015 fast wortgleich die NPD-Parole "Wir sind nicht das Sozialamt der Welt" und Markus Söder war sich im selben Jahr nicht zu schade, das Grundrecht auf Asyl in Frage zu stellen. Forderungen nach Obergrenzen oder der Abschiebung "krimineller Ausländer" gehören seitdem zum Standard-Repertoire der CSU-Führung. Und erst vor kurzem hat die CSU-Führung ein Papier herausgegeben, in dem mehrere zentrale Forderungen der AfD nahezu eins zu eins übernommen werden. Die Bundesregierung hat im letzten Jahr verschiedenen Forderungen der CSU teilweise nachgegeben und in den letzten Monaten massive Repressionen gegenüber Geflüchteten beschlossen, denen zum Teil leider auch einige Länder mit grüner Regierungsbeteiligung zugestimmt haben. Mit ihren Aussagen und Forderungen schürt die CSU die rassistische Grundstimmung in Deutschland und bereitet den Boden für die Gewalt gegen Geflüchtete. Mehrere hundert Anschläge auf Geflüchtete und ihre Unterkünfte gab es in den letzten Monaten - geistige Brandstiftung führt zu realer Brandstiftung! Auch wenn es in Koalitionen immer zu Kompromissen kommt und kommen muss, sind für die GRÜNE JUGEND das Eintreten für eine freie, offene und emanzipatorische Gesellschaft, Werte wie Solidarität gegenüber Geflüchteten und Menschenfreundlichkeit sowie der Widerstand gegen Rassismus und andere menschenverachtende Ideologien unverhandelbar. Es erscheint uns unmöglich, dass diese Werte in einer Koalition von Bündnis 90/Die Grünen mit der CSU nach innen und nach außen hin wirkungsvoll vertreten werden können. Deswegen fordern wir von Bündnis 90/Die Grünen keine Koalitionen mit der CSU einzugehen, bis diese die oben beschriebene, rassistische Politik beendet hat.

V5 Beschluss Genderstar JETZT!

Gremium: Mitgliederversammlung
Beschlussdatum: 02.10.2016
Tagesordnungspunkt: TOP 11 V-Anträge

1 **Sprache als Machtfrage**

2 Die Strukturen einer patriarchalen und zweigeschlechtlichen Gesellschaft
3 drücken sich auch in der Sprache aus: Tagtäglich hören wir von
4 „Bundesministern“, „Managern“ und „Politikern“. Dabei ist längst
5 durch unzählige empirische Studien erwiesen, dass sich durch das generische
6 Maskulinum nicht alle Menschen angesprochen fühlen. Um dieser Entwicklung
7 entgegenzutreten, haben wir als GRÜNE JUGEND bisher den sogenannten Gendergap
8 genutzt.

9 **Einen Schritt weiter gehen**

10 Als GRÜNE JUGEND haben wir uns dabei bewusst entschieden, auf die Anwendung des
11 Binnen-I („BürgerInnen“) zu verzichten und mit dem Gendergap versucht die
12 zweigeschlechtliche Denkweise, die die Gesellschaft in „Männer“ und
13 „Frauen“ teilt, zu überwinden. Mit dem Genderstar knüpfen wir an diesen
14 Prozess an und setzen nun noch eindeutiger ein Zeichen gegen eine
15 zweigeschlechtliche Denkweise. Alle Texte der GRÜNEN JUGEND sind daher ab
16 sofort mit dem Genderstar zu gendern (Also „Bürger*innen“ statt
17 „Bürger_innen“).

18 **Keine sinnlose Beschäftigung mit uns selbst, sondern konsequenter** 19 **Queerfeminismus**

20 Dabei stellt die Einführung des Genderstars keine sinnlose Beschäftigung mit
21 uns selbst dar, sie ist vielmehr Teil eines konsequent gedachten
22 Queerfeminismus: Wenn wir als GRÜNE JUGEND die normativen Strukturen unserer
23 Gesellschaft aufbrechen wollen, dann müssen wir mit gutem Beispiel vorangehen.
24 Und das tun wir mit Hilfe des Genderstars.

Begründung

V5 Beschluss Genderstar JETZT!

Neben den genannten politischen Aspekten nutzen 14 von 16 Landesverbänden der GRÜNEN JUGEND den Genderstar. Auch die GRÜNE Bundespartei hat sich auf der Bundesdelegiertenkonferenz im November 2015 zur Nutzung des Genderstars entschieden. Daher bringt die Nutzung des Genderstars nicht nur politische Vorteile, sie schafft auch die Grundlage für eine redaktionell einheitliche queerfeministische Anwendung von Sprache.

V6 Beschluss Alle reden von Cyber, wir reden von Freiheit

Gremium: Mitgliederversammlung
Beschlussdatum: 02.10.2016
Tagesordnungspunkt: TOP 11 V-Anträge

1 Die Welt in der wir leben hat sich verändert. Das Internet hat sie vernetzt.
2 Dabei hat das Internet nicht nur die Kommunikation der Menschen verändert,
3 sondern auch ihre Bereitschaft mehr von sich preiszugeben. All diese Aspekte
4 machen sich Staat und Wirtschaft zu Nutze. Und es ist ihnen noch nicht genug.

5 Unter dem Vorwand der Sicherheit, fordert die Union eine Ausweitung der
6 Vorratsdatenspeicherung und auch der Überwachung des öffentlichen Raums. Eine
7 Entwicklung, die nicht nur unsere Freiheiten gefährdet, sondern eben auch die
8 Demokratie.

9 Vorratsdatenspeicherung beenden statt ausweiten

10 So sehen die Pläne um Innenminister De Maiziere vor, die
11 Vorratsdatenspeicherung weiter auszuweiten. Es soll nicht länger ein
12 Unterschied zwischen Telekommunikationsdienstleister (wie der Telekom) und einem
13 Internetdienst gemacht werden. Stattdessen sollen Dienste wie Facebook oder
14 Twitter ihre entsprechenden Kommunikationsdaten auf Vorrat speichern und den
15 Behörden über eine standardisierte Schnittstelle zur Verfügung stellen.

16 Kommunikationsdaten entstehen aber auch anders wo. Jede_r Betreiber_in von Mail-
17 Servern, Mailinglisten, Chats und ähnlichen Diensten wäre angewiesen, alle
18 betroffenen Daten für mehrere Monate zu speichern. Außerdem müssen sie eine
19 standardisierte Schnittstelle etablieren, was mit weiteren, zusätzlichen
20 finanziellen Kosten verbunden wäre. Ganz abgesehen vom Aufwand, solch ein
21 System einzurichten.

22 Die geforderte Ausweitung der Vorratsdatenspeicherung ist also nicht nur
23 vollkommen realitätsfern, sie gefährdet vorallem das Internet wie wir es
24 kennen. Viele Dienste müssten ihre Angebote schließen, weil sie den Aufwand
25 nicht mehr stemmen können. Und auch die Grüne Jugend wäre betroffen. Der
26 gesamte Mailverkehr, unsere Mailinglisten und sogar unsere Etherpads würden der
27 direkten staatlichen Überwachung unterliegen, sollte es uns überhaupt möglich
28 sein die Anforderungen der Vorratsdatenspeicherung zu erfüllen.

29 Als GRÜNE JUGEND halten wir diesen Generalverdacht für unangemessen. Die
30 geplante Ausweitung ermöglicht Staat und Behörden eine unangemessene
31 Überwachung, an deren Ende nur der Verlust der Freiheit stehen kann. Allein
32 jetzt führt die Vorratsdatenspeicherung zu einem ungeheuren Aufwand auf Seiten
33 der Telekommunikationsanbietern, ohne das überhaupt bewiesen wurde, dass die
34 Vorratsdatenspeicherung wirklich zur Sicherheit beiträgt. Für uns sind
35 Privatsphäre, Datenschutz, Persönlichkeitsrechte und Freiheit wichtiger. Die
36 Vorratsdatenspeicherung darf nicht ausgeweitet werden, sie gehört abgeschafft.

37 **Entschlüsselungseinrichtungen entschlüsseln Privatsphäre**

38 Teil des Planes ist es ebenso, eine Behörde einzurichten, die sich
39 ausschließlich mit der Entschlüsselung von Nachrichten beschäftigt. Dabei
40 sollen nur Nachrichten entschlüsselt werden, die zur Aufrechterhaltung der
41 Sicherheit relevant sind. Diese Definition lässt großen Spielraum für
42 Interpretationen zu und zielt nicht allein auf terroristische Aktivitäten ab.

43 Eine solche Einrichtung könnte ebenso Einfluss auf die Entwicklung neuer
44 Verschlüsselungstechniken nehmen. Schon jetzt nehmen Geheimdienste Einfluss auf
45 die Entwicklung neuer Dienste. Die Forderung nach Hintertüren in der
46 Verschlüsselung wird immer wieder gestellt. Eine Hintertür in der
47 Verschlüsselung würde aber deren Sicherheit enorm gefährden. Sie ist eben
48 nicht nur eine Hintertür für Geheimdienste, sondern eben auch für andere
49 Menschen. Wer Verschlüsselung untergräbt, schafft damit das Gegenteil von
50 Sicherheit. Solche Behörden dürfen nicht eingerichtet werden.

51
52 Um die Existenz von Hintertüren und Sicherheitslücken auszuschließen, ist
53 Open-Source-Software ein wichtiger Schritt. Bei dieser kann jede*r den Code
54 einsehen, somit ist eine öffentliche Nachvollziehbarkeit der Software möglich.
55 Allerdings kann es auch in Open-Source-Software Sicherheitslücken geben. Sie
56 sollte daher gründlich von Experten geprüft werden. Wir fordern eine
57 öffentliche Finanzierung der Entwicklung und Überprüfung von Open-Source-
58 Software. Das Pilotprojekt „Kontrolle über und Qualität von Software-Code
59 – Prüfung freier und quelloffener Software“ der Europäischen Union ist
60 dafür ein erfolgreiches Beispiel.

61 **Darknet ausleuchten? Viel Erfolg!**

62 Eine weitere Forderung des Papiers ist es, sogenannte "Cyber-Ermittler_innen"
63 einzustellen, die Aktivitäten im Darknet aufdecken und strafrechtlich verfolgen
64 sollen. Außer Acht bleibt dabei, dass das Darknet eben dafür geschaffen wurde,
65 um sich der staatlichen Kontrolle und Zensur zu entziehen. Es handelt sich
66 hierbei um einen Raum, frei vom jeglichen staatlichen Einfluss.

67 Dementsprechend wurde es auch aufgebaut. Anonymität und Pseudonomysierung sind

68 wichtige Prinzipien des Darknets, die eine strafrechtliche Verfolgung unmöglich
69 machen.

70 Auch sonst sind die Betreiber_innen vom Darknet kreativ darin, staatliche
71 Einschränkungen und Zensur zu umgehen. Es ermöglicht in einigen Ländern gar
72 die Pressefreiheit und hilft den Menschen gegen Diktaturen und Repressionen
73 vorzugehen.

74 Wer also fordert, das Darknet mehr zu überwachen, kennt das Darknet in seinen
75 Strukturen nicht. Mehr noch, sie lenken von eigentlichen Problemen im
76 Waffenrecht und Drogenprohibition ab und verkennt die Realität.

77 **Lasst den öffentlichen Raum in Ruhe!**

78 **a) Gegen jede vernetzte Videoüberwachung**

79 Inzwischen scheint auch die Union erkannt zu haben, dass mehr Videoüberwachung
80 eben auch mehr Aufwand bedeutet. Sie fordert zwar immernoch mehr Videokameras,
81 deren Bilder sollen aber nun mit einer Gesichtserkennungssoftware ausgewertet
82 werden. Mehr noch, diese Software soll die resultierenden Ergebnisse aller
83 Kameras vernetzen. Bei flächendeckender Videoüberwachung würde also ein
84 detailliertes Bewegungsprofil entstehen.

85 Dieser Eingriff in die Privatsphäre ist unangemessen und stellt jeden Menschen
86 unter Generalverdacht. Wir fordern daher weniger Videoüberwachung und die
87 Nicht-Einführung von vernetzter Gesichtserkennungssoftware.

88 **b) Pre-Policing - Die Polizei der Statistik**

89 Die Automatisierung der Überwachung ist auch in anderen Bereichen im vollen
90 Gange. So führen mehrere Polizei-Behörden nun Pre-Policing-Systeme ein. Diese
91 Systeme errechnen anhand von Kriminalitätsstatistiken Wahrscheinlichkeiten
92 dafür, dass in einer bestimmten Gegend Straftaten begangen werden. Aus diesen
93 Wahrscheinlichkeiten können dann die Behörden Rückschlüsse ziehen, wie zum
94 Beispiel die Entsendung von Streifenwagen in den betroffenen Gebieten. Städte
95 wie München oder Berlin nutzen bereits entsprechende Systeme, ohne das
96 überhaupt bewiesen wurde, dass sie zu einer höheren Aufklärungsrate führen.

97 Solche Systeme errechnen Gefahrenggebiete. Sie führen zu stärkeren Repressionen
98 in den Gebieten und vermitteln ein Eindruck der Angst. In der Theorie würden
99 die Rückschlüsse dazu führen, dass eben mehr Straftaten erfasst und
100 aufgeklärt werden. Diese fließen dann weiter in die Statistik ein, was dann
101 dazu führt, dass das entsprechende Gebiet weiter als Gefahrenggebiet deklariert
102 wird. Ein Kreislauf entsteht, der kaum aufzuhalten ist.

103 Wir fordern daher, dass die Polizei eine Polizei der Menschen bleibt. Pre-
104 Policing-Systeme dürfen nicht die Arbeit der Polizei bestimmen.

105 **c) Europäische Projekte für die Super-Überwachung stoppen!**

106 Die EU fördert bereits Projekte, in denen Überwachungssoftware entwickelt
107 wird. Berichte aus diesen Projekten lassen Datenschützer*innen schaudern, denn
108 sie ermöglichen enorme Überwachung.

109 Ziel dieser Projekte soll es sein, eine Analysesoftware zu schaffen, die
110 verschiedene Datenquellen für ihre Analyse nutzt. Entsprechende Datenquellen
111 können die Social-Media-Dienste, Kommunikationsdaten und Videoüberwachung
112 sein. Ebenso möglich ist es, dass Pre-Policing-Systeme und
113 Gesichtserkennungssoftware als Datenquelle dienen könnten. Auf diese Weise soll
114 die Analysesoftware eine Gefährdungsquote ermitteln, die darstellt wie sehr
115 eine Person zur Gefahr werden kann.

116 Ein solches System wäre das erste in seiner Art. Es würde die Überwachung
117 perfektionieren. Die Arbeit, die sonst Geheimdienstanalysten für einzelne
118 Personen leisten, kann dann ein Computer für alle Menschen bewerkstelligen.

119 Wo Überwachung entsteht, besteht auch immer die Möglichkeit des Missbrauchs.
120 Unter dem Vorwand der Sicherheit, können eben solche Systeme auch die
121 Demokratie gefährden. Demonstrationen können unterbunden werden, ehe sie
122 entstehen und politische Gegner_innen besser verfolgt werden. Es geht hier
123 längst nicht nur um die Einschränkung der Freiheit und dem Schutz der
124 Privatsphäre, sondern um die Demokratie.

125 Die EU muss deshalb dringend damit aufhören, Projekte wie INDECT weiter mit
126 finanziellen Mitteln zu fördern.

127 **d) Body-Cams zu meiner Sicherheit? Von wegen!**

128 Nicht nur die Union fordert die Einführung von Body-Cams, auch aus grünen
129 Reihen wird die Forderung nach Body-Cams immer lauter. Teilweise ist sie auch
130 heute schon im Einsatz. Sie soll Vertrauen in der Arbeit der Polizei wecken.

131 Wie aber Vertrauen entsteht, wenn die Kamera auf den*die Gegenüber gerichtet
132 ist, bleibt weiterhin fraglich. Auch der Gewinn einer solchen Kamera ist
133 fraglich, da sie eben auch nur die Momentaufnahme einer bestimmten Situation aus
134 einer speziellen Perspektive ist. Sie kann das Geschehen falsch wiedergeben und
135 so bei den*die Betrachter_in einen falschen Eindruck erwecken. Gerade in
136 hektischen Situationen ist es oft nicht möglich, entsprechende Bilder richtig
137 auszuwerten.

138 Auch sonst hat das Verhalten der Polizei gezeigt, dass sie mit Videomaterial
139 nicht verantwortungsvoll umgeht. Die Polizei hat immernoch die Hoheit über die
140 Bilder und kann entscheiden, welche Bilder sie dem Gericht als Beweis vorlegt
141 und welche nicht. Fälle wie in Herford, bei dem nur eine kleine Videosequenz
142 zur Belastung des Angeklagten dem Gericht vorgelegt wurde und der entlastende
143 Teil herausgeschnitten wurde, drohen sich zu wiederholen.

144 Wir sind deshalb überzeugt, dass Bodycams nicht zur Sicherheit beitragen. Sie
145 erzeugen missverständliches Material, gefährden Persönlichkeitsrechte und
146 Datenschutz.

147 **Überwachen für die Werbung**

148 **a) Datenvermeidung, statt Datensammelwut**

149 Nicht nur staatliche Behörden überwachen, auch zahlreiche Internetdienste
150 beobachten jeden Schritt ihrer Nutzer_innen. Sie nutzen die entstandenen Daten
151 für Werbezwecke. Auf diesem Wege können Dienste wie Facebook oder Google
152 personalisierte und damit erfolgsversprechende Werbung schalten und den Service
153 weiterhin kostenlos anbieten.

154 Damit die Werbung noch persönlicher wird, sucht die Wirtschaft nach besseren
155 Methoden, um Daten über das Nutzer_innenverhalten zu erstellen. Methoden wie
156 Webseiten-Tracking über Cookies, Like-Buttons und Bewegungsprofile sind dabei
157 die unauffälligsten Methoden, wie Daten erstellt werden.

158 Auf diese Weise entstehen massenhaft Daten, über die wir keine Kontrolle mehr
159 haben. Statt der Datensammelwut fordern wir daher einen Grundsatz zur
160 Datenvermeidung, der die Wirtschaft dazu zwingt nur die Daten zu erfassen, die
161 sie für ihren betriebswirtschaftlichen Zweck benötigen und im Rahmen ihrer
162 eigenen Betriebsmittel erzeugen können.

163 Die europäische Datenschutzrechtsreform, in der zum Beispiel "Privacy As
164 Default" mit beschlossen wurde, können im Rahmen des technischen Fortschrittes
165 nur ein erster Schritt sein. Auf europäischer Ebene muss der Kampf für den
166 Datenschutz weiter gehen. So fordern wir neben den Allgemeinen
167 Geschäftsbedingungen und Nutzungsbedingungen auch eine Pflicht für kurze und
168 prägnante Hinweise in wie weit Daten generiert werden, jene genutzt werden und
169 eine Aufklärung über die Werbemethoden des jeweiligen Dienstes.

170 **b) Wenn Computer erziehen könnten...**

171 Auch macht die Datensammelei vor der Spieleszene keinen Halt mehr. So
172 entwickelte das Google-Startup Niantic die ersten Augmented-Reality-Spiele

173 Ingress und später in Zusammenarbeit mit Nintendo Pokemon Go.

174 Auch der Trend der Fitness-Armbändern wird von Versicherungskonzernen
175 gefördert. Sie bieten den Unternehmen die Möglichkeit,
176 Versicherungsnehmer_innen in ihren Aktivitäten zu kontrollieren. Abhängig von
177 diesen Aktivitäten können sich dann die Konditionen einer Versicherung ändern.
178 Besonders aktive Personen müssen dann weniger in der Krankenversicherung
179 zahlen. Mit der Perspektive des Geldsparens, werden dann immer mehr Menschen
180 bereit, sich einer solchen Überwachung und Erziehung zu unterwerfen. Damit
181 würde der Druck auf diejenigen steigen, die sich dieser Praxis entziehen und
182 nicht gläsern werden möchten. Auch entspricht dieser Gedanke nicht dem
183 Versicherungsprinzip.

184 Wir fordern deshalb ein Verbot von Software, die Versicherungen dabei helfen
185 Daten über die Aktivitäten und der Gesundheit der Kund_innen zu sammeln und in
186 Abhängigkeit dessen Versicherungsbeiträge zu ermitteln.

Begründung

Erfolgt mündlich.

V7 Beschluss Game on! Für eine zeitgemäße Betrachtung der Gamingkultur

Gremium: Mitgliederversammlung
Beschlussdatum: 02.10.2016
Tagesordnungspunkt: TOP 11 V-Anträge

1 Im Jahr 2015 spielten 28,9 Millionen Menschen in Deutschland regelmäßig
2 Computerspiele. Egal ob auf dem Handy, einer Spielekonsole oder auf dem
3 Computer. Ebenso steigt der Umsatz für Computerspiele stetig. Und auch die
4 Spiele-Messe GamesCom zog 500.000 Besucher_innen an.

5 Dabei werden die Computerspiele immer innovativer und ausgefeilter.
6 Gamification, also die spielerische Einbindung von sonst unspektakulären
7 Elementen, ist inzwischen ein etablierter Begriff. Virtual Reality kommt
8 inzwischen bei den Menschen an. Und auch Augmented Reality, also die
9 computergestützte Erweiterung der Realitätswahrnehmung, spielt seit Pokemon Go
10 eine große Rolle in der Gaming-Szene.

11 Dennoch verliert die Politik diese aus den Augen. Mehr noch, Debatten um die
12 sogenannten "Killerspiele" werden wieder Teil einer populistischen
13 Sicherheitsdebatte. Wir brauchen dringend eine zeitgemäße Betrachtung des
14 Themas!

Gaming-Kultur als gleichberechtigte Kultur anerkennen!

16 Gaming existiert schon seit vielen Jahrzehnten. Ältere Spiele, wie z.B Pacman,
17 haben durch ihre große Beliebtheit einen Kultstatus erhalten. Aber auch moderne
18 Spiele bereichern unsere Kulturlandschaft wie kaum ein anderes Medium mit neuen
19 Wegen, Geschichten zu erzählen und zu erleben und sich Herausforderungen zu
20 stellen.

21 Während bei Pacman noch ein zweidimensionaler Raum und eine simple Geschichte
22 die Spieler begeisterte, so sind die Geschichten heute vielschichtiger und
23 emotionaler. Zudem verlassen wir den zweidimensionalen Raum inzwischen und
24 betreten nun dank neuer Technologien einen dreidimensionalen Raum.

25 Die Entwicklung solch moderner Spiele braucht ein hohes Maß an Kreativität,
26 technischen Verständnisses und auch Geld.

27 Auf Grund der Masse an Spieler_innen und ihrer künstlerischen Wertschöpfung
28 müssen Computerspiele als Teil der Kultur begriffen werden. In Deutschland
29 werden Kulturgüter von den Ländern subventioniert. Digitale Spiele sind davon
30 aber zu oft ausgenommen, da sie nicht als Teil medialer Kultur begriffen werden.
31 Eine Förderung wird derzeit vorallem durch die Filmförderung vergeben.
32 Deswegen ist der Aufbau eines Studios und die Spiele-Entwicklung immernoch eine
33 Frage des Standorts.

34 Dabei sind gerade kleine Entwicklungsstudios von Drittmitteln abhängig. Im
35 europäischen Vergleich sind die Drittmittel zur Spieleentwicklung sehr gering,
36 weshalb eine Spiele-Produktion aus Deutschland wesentlich teurer ist und mit
37 einem höheren finanziellen Risiko behaftet ist. Aus diesem Grund erhalten viele
38 Entwickler_innenstudios keine Aufträge.

39 Wir fordern eine zeitgemäße Kulturförderung! Die Subventionen für die
40 Spieleindustrie müssen endlich entkoppelt werden und bundesweit angeboten und
41 erhöht werden.

42 **Game Over Bundeswehr! Sterben ist kein Spiel**

43 In anderen Ländern ist die Subventionierung der Spieleindustrie durch das
44 Militär eine gängige Praxis. Die Bundeswehr jedoch fördert derzeit keine
45 Spiele-Entwicklungen. Dennoch tritt sie auf Messen wie der GamesCom auf und
46 wirbt offensiv für eine Militär-Laufbahn.

47 Dabei versucht die Bundeswehr gerade die Menschen anzusprechen, die Kriegsspiele
48 spielen. In gezielten Werbekampagnen werben sie gegenüber den Spieler_innen mit
49 echten Abenteuern, statt dem Spiel mit dem Computer. Auf die Gefahren oder den
50 Kriegseinsätzen wird dabei nicht eingegangen. Es wird ein falsches Bild
51 vermittelt, wodurch sich viele junge Menschen täuschen lassen.

52 Wir fordern ein Ende für das Werben fürs Sterben. Die Bundeswehr darf nicht
53 weiter Spieler_innen als Zielgruppe führen. Weder bei Subventionen für
54 Spieleentwicklungen, noch in irgendeiner anderen Form.

55 **Uralt-Diskussion "Killerspiele" endlich beenden!**

56 In früheren Debatten wurden Computerspiele bezichtigt, Menschen zu grausamen
57 Taten zu bewegen und Aggressivität zu befördern. Dabei wurde vorallem über
58 "Killerspiele" gesprochen. Studien machten jedoch deutlich: Computerspiele sind
59 nicht ausschlaggebend für entsprechende Amoktaten.

60 Dennoch bediente sich der Innenminister Thomas de Maizière wieder an dieser
61 längst abgeschlossenen Diskussion. Diese Reaktion zeigt vorallem eines: Wieder

62 wurde es sich bei der Ursachenermittlung viel zu leicht gemacht. Die Frage nach
63 der Herkunft der Tatwaffe, sowie weitere Beweggründe wurden in diesen
64 Forderungen gar nicht beachtet.

65 Im Bereich der Freigabe und Indexierung von Computerspielen sehen wir keinen
66 Handlungsbedarf. Sie gewährleistet eine kontrollierte Abgabe von
67 Computerspielen unter Berücksichtigung der Altersbeschränkung.

68 **Augmented Reality - Wenn Spiele real werden**

69 In letzter Zeit machen Spiele wie Pokemon Go von sich reden. Niantic als
70 Entwicklerin von Pokemon Go veröffentlichte bereits zuvor schon Ingress als
71 erstes, erfolgreiches Augmented Reality Spiel. Als ein von Google geführtes
72 Startup, hat Niantic nicht nur die Unterhaltung als Interesse, sondern vor allem
73 das Sammeln von Daten der User_innen.

74 Bei Augmented Reality Spielen geht es vor allem um Standortdaten. Diese Daten
75 sind für die Hersteller_innen entsprechender Spiele und Geräte von besonderem
76 Interesse. Pokemon Go rentiert sich hier gleich doppelt: Zum einen erhält
77 Niantic entsprechende Standortdaten, zum anderen bleibt das GPS am Handy
78 womöglich dauerhaft eingespeichert, weswegen die Hersteller_innen von den
79 Standortdaten profitieren. Die entsprechenden Daten helfen dabei, ein
80 ungefähres Bild vom Verhalten des Nutzenden zu machen, um Werbeanzeigen noch
81 besser personalisieren zu können und höhere Werbeeinnahmen zu generieren.

82 Ebenso haben Augmented Reality Spiele vor allem lockende Effekte. So bezahlte
83 McDonalds Japan dem Startup Niantic viel Geld dafür, dass McDonalds Filialen
84 wichtige strategische Punkte im Spiel darstellen. Auf diese Weise werden
85 Spieler_innen zu McDonalds Filialen gelockt und damit der Anreiz geweckt ein
86 entsprechendes Produkt zu kaufen. Ein solcher strategischer Punkt kann auch den
87 Verbleib des Spielenden für eine längere Zeit ausmachen.

88 Diese spezielle Form der Werbung ist sehr beliebt. Auch in Deutschland nutzen
89 viele geschäftstreibende Menschen dieses Prinzip für sich. Damit verändern
90 sie das Konsumverhalten vieler Spieler_innen, ohne dass sie es selbst merken.

91 Deshalb fordern wir bei allen Spielen neben der Bestätigung von Allgemeinen
92 Geschäftsbedingungen und Nutzungsbedingungen auch einen verpflichtenden,
93 expliziten, kurzen und prägnanten Hinweis, wie und welche Daten das Spiel
94 sammelt und mit welchen Mitteln das Spiel Werbung macht bevor das Spiel startet.

95 **eSports ist eben auch Sport**

96 Mit der Weiterentwicklung der Spielmöglichkeiten hat sich auch der Begriff

97 "eSports" etabliert. Dabei geht es vor allem um Wettkämpfe zwischen Teams, die
98 nicht selten auch mit einer Preisverleihung enden. Die Wettkämpfe finden
99 inzwischen wie in richtigen Sportarten statt, bei denen es auch Übertragungen
100 ins Fernsehen und Internet gibt.

101 Auch etablierte Sportvereine wie der FC Schalke 04 und VfL Wolfsburg steigen nun
102 im eSport ein. Dabei sponsoren sie ein eSport-Verein oder etablieren sie mit in
103 den Verein und fördern ihre sportlichen Leistungen in Form von finanziellen
104 Mitteln.

105 Dennoch gelten entsprechende eSport-Gruppierungen nicht als gemeinnützig, wie
106 es zum Beispiel beim Sport der Fall ist. Dies führt zu einer wesentlich
107 höheren steuerlichen Belastung. Diese halten Teams und Vereine davon ab, sich
108 offiziell zu registrieren und der entsprechenden eSports-Sportart nachzugehen.

109 Als Grüne Jugend fordern wir eine Anerkennung von eSport als Sportart an. Die
110 entsprechenden Tätigkeiten bei eSports sind ebenso vergleichbar mit klassischen
111 Sportarten. Hierbei ist ein entsprechendes Training der Sinne ebenso wichtig,
112 wie eine körperliche Ertüchtigung, um eine Konzentration der wichtigen Sinne
113 aufrecht zu erhalten.

114 **Welcome To The Real World - Herausforderung Gamification**

115 Auch über klassische Videospiele hinaus wird Gaming immer mehr zum Thema. Für
116 das Einbauen spielerischer Elemente in andere Lebensbereiche wie Arbeit oder
117 Lernen hat sich der Begriff "Gamification" oder "Gamifizierung" etabliert.

118 Gamification nutzt dabei Prinzipien des Spieldesigns, wie einfach zugängliche
119 Nutzer*innen-Führung und Belohnungssysteme, um die Motivation zu steigern.
120 Grundsätzlich ist die generelle Niedrigschwelligkeit gamifizierter Angebote zu
121 begrüßen. Auch Motivationssysteme bieten in Bereichen wie Lernen und
122 Gesundheit große Potentiale.

123 Allerdings sammeln viele gamifizierte Angebote hochsensible Daten über
124 Nutzer*innen, wie Bewegungs- oder Gesundheitsdaten und verwenden diese auch für
125 Zwecke, die über die Bereitstellung der gewünschten Dienste hinaus gehen. Hier
126 fordern wir mehr Transparenz gegenüber Nutzer*innen und eine Einschränkung der
127 Verwendungsmöglichkeiten insbesondere für hochsensible Daten. Des Weiteren
128 wird Gamifizierung auch genutzt um Konsument*innen an bestimmte Produkte oder
129 Firmen zu binden. Für diese neue Form von Werbung und Kund*innen-Bindung
130 fordern wir die Erarbeitung von Richtlinien durch den Werberat.

131 **Auch Spiele können süchtig machen**

132 Neben all den positiven Effekten, die Spiele auf das Leben von Menschen haben,
133 dürfen wir aber auch die Risiken nicht vergessen, die sie mit sich bringen.
134 Dazu gehört zum Beispiel eine hohe Suchtgefahr und die Vernachlässigung der
135 eigenen Gesundheit. Wir müssen Menschen die Möglichkeit geben, sich in solchen
136 Fällen Hilfe in Abspruch nehmen zu können. Bisher jedoch gibt es kaum
137 Suchtberatungsstellen, die sich auch an Computerspiel-Süchtige Menschen
138 richten.

139 Wir fordern daher den Ausbau und die Weiterbildung entsprechender
140 Beratungsstellen und Beratungsangeboten.

141 **Spieler_innen Kultur ermöglichen, Let's Plays legalisieren**

142 Inzwischen hat sich auch eine Subkultur innerhalb der Spiele-Szene entwickelt:
143 Let's Plays. In zahlreichen Videos nehmen sich die Produzent_innen
144 entsprechender Videos selbst beim Spielen auf. Dabei zeigen sie sowohl das
145 Spiel, als auch die entsprechende Reaktion des Spielenden.

146 Videos dieser Art sind sehr beliebt. Einzelne Protagonist_innen verdienen
147 inzwischen damit ihren Lebensunterhalt. Die Spiele-Verläge erkennen darin ein
148 Marketing-Potential, um ihre Spiele besser vermarkten zu können.

149 Andere sehen in Let's Play Videos jedoch eine Gefahr. Sie beziehen sich aufs
150 Urheber_innenrecht und versuchen Let's Plays für einzelne Spiele zu verbieten.
151 Jedoch ist äusserst fraglich, in wieweit eine Videosequenz über Spielsituation
152 urheber_innenrechtlich relevant sein kann.

153 Wir fordern daher eine Klarstellung des Urheber_innenrechts, hin zu einer
154 Legalisierung von Let's Play Videos. Diese etablierte Subkultur ist nicht nur
155 eine Möglichkeit sich vom Erwerb eines Spieles zu überzeugen, sie sind eben
156 auch zu einem Unterhaltungsmedium geworden.

157 **Game Over für Sexismus**

158 Obwohl ein Großteil der Gaming Community aus Frauen* besteht, ist die Gaming
159 Industrie und Community leider immer noch stark cis-männlich dominiert.

160 Oftmals werden die fiktiven Figuren durch ein übersteigerte männlichen bzw.
161 weiblichen Rollenklischees charakterisiert. Dies degradiert Männer zu
162 gewaltsamen, muskelbepackten (Anti-) Helden die entweder eine „sexy“ aber
163 „unschuldige“ hilflose, emotionale Frau retten, oder eine
164 übersexualisierte, böartige aber aktiv handelnde Gegnerin zu töten.

165 Immer noch sind weibliche Figuren als Hauptcharaktere eine Seltenheit, auch wenn

166 sich die generelle Anzahl von weiblichen Charakteren als Co Piloteninnen oder
167 Gegenspielerinnen in den letzten Jahren gesteigert hat so ist die Darstellung
168 vieler Figuren immer noch zu kritisieren.

169 Weibliche Charaktere werden oftmals auf ihre Körperteile (riesige Brüste,
170 Kamerafokus auf den Hintern etc.) reduziert die durch die knappe Bekleidung der
171 Charaktere noch weiter sexualisiert werden. Während die optische Darstellung
172 weiblicher Charaktere stark sexualisiert ist, so wird weiblicher Sexualität
173 oftmals mangelhaft und aus einer männlichen Blickwinkel dargestellt.

174 Zudem gibt es leider immer wieder Spiele die Gewalt an Frauen glorifizieren.
175 Gewalt an FIT*-Personen wird auch in virtuellen Chaträumen verbal ausgeübt.
176 Viele Gamer*innen müssen in „Gruppenchats“ sexistische Beleidigungen
177 erdulden, in dem Wissen, dass die Täter*innen niemals mit Konsequenzen für ihr
178 Handeln rechnen müssen.

179 Die Grüne Jugend fordert daher mehr Sensibilisierung für das Thema Sexismus in
180 der Gaming-Branche. Die Entwickler*innen müssen Opfern von sexueller
181 Belästigung die Möglichkeit geben, die Täter*innen zu melden und vom Spiel
182 auszuschließen. Außerdem muss die Branche insgesamt ein Verständnis dafür
183 entwickeln, dass Sexismus kein Marketing-Tool ist und dass starke, interessante,
184 weibliche Charaktere die Spiele bereichern - auch wenn sie vollkommen bekleidet
185 sind. Um sexismusfreie Games zu fördern, möchte die Grüne Jugend dass diese
186 finanzielle Unterstützungen in Form von Subventionen durch den Staat, bekommen.
187 Zudem sollen FIT*-Personen in der Branche mehr gefördert werden, z.B durch
188 Förderprogramme.

Begründung

Erfolgt mündlich.

V8 - G - Beschluss Mobilität für alle - und zum Mitmachen!

Gremium: Mitgliederversammlung
Beschlussdatum: 02.10.2016
Tagesordnungspunkt: TOP 11 V-Anträge
Status: Modifiziert

1 Mobilität, wie sie heute von den meisten verstanden wird, ist weder ökologisch
2 noch sozial noch nachhaltig. Sie verstärkt soziale, globale und umweltverbundene
3 Ungerechtigkeiten. Und sie betoniert die Zukunft zu. Dobrindts Vorlage zum
4 Bundesverkehrswegeplan und dessen Scheitern an der eigenen
5 Umweltverträglichkeitsprüfung ist nur eines von vielen Beispielen.

6 Letztlich müssen wir die Weise, in der mobil sind und mit der Mobilitätspolitik
7 gemacht wird, ändern. Nicht nur, weil die Zeit angesichts des Klimawandels
8 langsam knapp wird, sondern auch weil sich in den letzten Jahren einiges
9 geändert hat. Autonomes Fahren von PKWs und LKWs, eine massive Steigerung von E-
10 Mobilität, das verstärkte Vordringen von Sharing System, die vermehrte Nutzung
11 des Fahrrads – all dies sind vergleichsweise neue Entwicklungen.

12 Vor vielen Jahren hat die GRÜNE JUGEND angesichts dieser Herausforderungen schon
13 einmal ein umfassendes Verkehrskonzept beschlossen. Mobilität ist ein sehr
14 breites Thema. Daher braucht es auch eine umfassende Beschäftigung damit. Und
15 wir müssen unser bisheriges Verkehrskonzept aktualisieren. Doch dafür brauchen
16 wir Prozesse, in denen ermöglicht wird auch zeitintensiv zu diskutieren und zu
17 streiten. Alternativen müssen ausgelotet werden und Einigungen gefunden werden.
18 Diese Debatte nur anhand von Anträgen zu führen und sich in Antragsdiskussionen
19 zu vertiefen wird diesem Anspruch jedoch nicht gerecht.

20 In diesem Sinne wird das Fachforum Stadt, Land, Mobilität damit beauftragt einen
21 Vorschlag für ein neues Verkehrskonzept bis zum 49. Bundeskongress zu
22 erarbeiten. Dieser Prozess soll die Partizipation vieler ermöglichen und die
23 bisherigen Anträge aktiv berücksichtigen.

V9 Beschluss Mit den Wölfen heulen statt um die Wölfe heulen – Wolfspolitik jetzt!

Gremium: Mitgliederversammlung
Beschlussdatum: 02.10.2016
Tagesordnungspunkt: TOP 11 V-Anträge

1 **Der Mensch ist des Wolfes Wolf**

2 Der Fund eines Wolfskadavers in einem Naturschutzgebiet in Brandenburg im Sommer
3 2016 zeigt die Notwendigkeit eines klaren Bekenntnisses der GRÜNEN JUGEND zur
4 Rückkehr der Wölfe. Bei der Anzahl an Nachrichten über tote Wölfe – allein
5 in Sachsen starben seit dem Jahr 2000 mindestens 28 Wölfe durch
6 Verkehrsunfälle – schenken wir diesen Meldungen heute fast keine Beachtung
7 mehr. Wölfe scheinen 150 Jahre nach ihrer Ausrottung wieder in tiefe dunkle
8 Wälder und nicht ins Märchenbuch zu gehören. Die erwähnte Meldung über
9 einen toten Wolf unterscheidet sich aber von den sonst typischen Meldungen über
10 Wildunfälle: Besagter Wolf wurde nicht überfahren, sondern erschossen und
11 anschließend enthauptet. Diese brutale Tierquälerei ist kein Einzelfall: Der
12 WWF spricht von 18 illegal getöteten Wölfen auf dem gesamten Bundesgebiet
13 während der letzten Jahre, das Lausitzer Wolfsbüro hat allein in Sachsen seit
14 2009 acht Fälle dokumentiert. Wildbiologen gehen jedoch von einer wesentlich
15 höheren Dunkelziffer aus.

16 Der verabscheuenswerte Vorfall zeigt zwei Dinge: Der Wolf ist zurück. Und er
17 hat es schwer. Wir als GRÜNE JUGEND müssen uns konsequent für den Schutz und
18 die Akzeptanz von Wölfen einsetzen.

19 **Rotkäppchen und der böse Wolf**

20 Doch leider scheint es so, als sei das Bild von Wölfen in der öffentlichen
21 Wahrnehmung mehr von den Gebrüdern Grimm als von Fakten geprägt. Als
22 Spaziergänger*in im Wald ist es eigentlich eine Sache der Unmöglichkeit auf
23 einen Wolf zu treffen. Und das selbst mit roter Kappe und Essenskorb für
24 Großmutter. Wölfe sind scheue Tiere, die meistens nachts aktiv sind. Es sind
25 die Wölfe, die Angst vor Menschen haben und leider auch haben müssen. Bisher
26 durchstreifen nur etwa 30 bis 40 Wolfsrudel die Wälder in der BRD. Jedes Rudel
27 jagt und lebt in Revieren von etwa 250 Quadratkilometern Größe. Würden sich
28 Wölfe nahe an Menschen trauen, wäre Bremen nicht groß genug für zwei Rudel.

29 Wenn es zu einem der seltenen Zusammentreffen zwischen Wölfen und Menschen
30 kommt, dann nur wenn Wölfe und ihre Nahrungsquellen aus ihrem natürlichen
31 Lebensraum verdrängt werden und sie dazu gezwungen werden zwecks Nahrungssuche
32 ihre gewohnten Reviere zu verlassen. In den seltensten Fällen erlegen Wölfe
33 tatsächlich Nutztiere: Über 99 Prozent der Wolfsbeute sind Wildtiere. Wer
34 einem Wolf begegnet muss keine Angst haben. Viel eher hat er*sie wohl großes
35 Glück. Wölfe sind normalerweise äußerst scheu und zeigen sich nur sehr
36 selten. Menschen gehören nicht zum Beuterepertoire.

37 **Wer hat Angst vorm bösen Wolf?**

38 Es ist die irrationale Angst vorm bösen Wolf, die es den Wölfen so schwer
39 macht. Wir als GRÜNE JUGEND setzen uns daher dafür ein, mit staatlichen
40 Mitteln Informationskampagnen und Verbände bei ihrer Arbeit für die Akzeptanz
41 von Wölfen als Teil der biologischen Vielfalt weiter und besser zu
42 unterstützen. Viele Vereine und Verbände, die aktiv Politik und Lobbyarbeit
43 für Wölfe machen, verdienen nicht nur unsere Anerkennung für ihre Arbeit,
44 sondern auch die finanziellen Mittel um diese notwendige Arbeit fortzusetzen und
45 weiter auszubauen. Auch in den verschiedenen Ländern gibt es bereits gute
46 Ansätze, wie die Befähigung von kommunalen Beauftragten zum Wolfsmonitoring.
47 Es fehlt jedoch an einer breit angelegten staatlichen Informationskampagne, um
48 die große Skepsis abzubauen, die innerhalb der Gesellschaft immer noch
49 vorherrscht. Auf die Tötung von Wölfen stehen bis zu fünf Jahre Gefängnis.
50 Jedoch wurde bisher kein einziger Fall aufgeklärt.
51 Wir fordern eine zentrale und kontinuierliche Erfassung von
52 Artenschutzverstößen, wie Wilderei. Zudem wollen wir uns dafür einsetzen,
53 dass, nach dem Vorbild von Nordrhein-Westfalen, auch andere
54 Landeskriminalämter eigene Spezialeinheiten für Umwelt- und
55 Artenschutzkriminalität einrichten, um eine konsequente Strafverfolgung von
56 Wilderei zu gewährleisten.

57 **Nicht mit den Sorgen und Ängste der Schäfer*innen spielen, sondern diese** 58 **entkräften!**

59 Um mehr Wolfsfreundlichkeit zu erreichen, muss der politische Dialog mit
60 Schäfer*innen und Nutztierhalter*innen gesucht werden. Oft sind es finanzielle
61 Ängste und fehlende Planungssicherheit, die auf die Wölfe projiziert werden
62 und zu einer Ablehnungshaltung führen. Zu einer breitaufgestellten Wolfspolitik
63 gehört für uns daher auch die staatliche Zusicherung von Entschädigungen bei
64 Wolfsriss und die Subventionierung von Herdensicherungsmaßnahmen wie
65 Schutzzäunen oder Herdehütehunden.

66 Einige Bundesländer wie Sachsen, Brandenburg oder Niedersachsen haben bereits
67 gesetzliche Regelungen zur Entschädigung bei Wolfsriss geschaffen. Da die
68 Wiedereingliederung der Wölfe in das ökologische System nicht die Aufgabe

69 einzelner Bundesländer sein kann oder von ihnen alleine zu bewältigen ist,
70 muss der Bund seine Verantwortung wahrnehmen und einen staatlichen Fond zur
71 Auszahlung von Entschädigungen schaffen. Wir fordern eine einheitliche
72 bundesweite Gesetzesregelung für die Entschädigung von betroffenen
73 Schäfer*innen und Nutztierhalter*innen. Denn klar ist: Wer keine Einbußen zu
74 fürchten hat, hat auch keine Wölfe zu fürchten.

75 **Schützen statt Schießen**

76 Neben den Schäfer*innen gilt es ein zweite Gruppe einzubeziehen, um die
77 Rückkehr der Wölfe zu ermöglichen: Die Jäger*innen. Der Schutz des Wolfes
78 ist im Bundesnaturschutzgesetz fest verankert. Außer in Sachsen unterliegt er
79 in keinem anderen Bundesland mehr dem Jagdrecht.

80 Für uns als GRÜNE JUGEND ist klar: Der Wolf gehört, auch bei Vergrößerung
81 der Population unter keinen Umständen ins Jagdrecht. Kein Wolf darf erschossen
82 werden. Wölfe müssen unter allen Umständen eine geschützte Tierart bleiben.
83 Statt mit scharfer Munition auf die bedrohten Tiere zu schießen, kann ihre
84 natürliche Scheu genutzt werden: Unscharfe Munition hat eine ausreichend
85 abschreckende Wirkung. Weitergehend müssen Wölfe auch von Jäger*innen als
86 Teil von natürlichen Selektionsprozessen akzeptiert werden. Die Argumentation
87 vieler Jäger*innen mit der Rückkehr der Wolfe würde vor allem das Schalenwild
88 scheuer und damit auch die Bejagung erschwert, erweist sich als nicht haltbar.
89 Wie Erfahrungen in Niedersachsen zeigen, gewöhnen sich Wolf und Wild nach
90 einiger Zeit aneinander. Zudem leistet der Wolf einen enormen Beitrag zum Erhalt
91 des ökologischen Gleichgewichts, in dem er vor allem die kranken und alten
92 Tiere jagt. Da seine favorisierte Beute, die Rehe die Hauptverursacher für den
93 Verbiss an Jungpflanzen sind, trägt er auch enorm zur Erholung der Vegetation
94 bei.

95 **Mit den Wölfen heulen statt um die Wölfe heulen**

96 Vor 150 Jahren wurden die Wölfe fast vollständig ausgerottet – mit
97 fundamentalen Folgen für die kontinentaleuropäische Biodiversität. Wir haben
98 die Chance dieser Entwicklung entgegenzuwirken und den Wölfen endlich wieder den
99 Platz im Ökosystem zurückzugeben, an dem sie gebraucht werden. Dies gelingt
100 nur wenn Vorbehalte und unwahre Fakten in der Debatte um Wölfe keinen Platz
101 mehr finden. Es braucht Akzeptanz, Verständnis und den Willen einen
102 gesetzlichen Rahmen hierfür zu schaffen. Sonst müssen wir bald erneut das
103 Verschwinden der Wölfe beklagen. Wir als GRÜNE JUGEND sagen Ja zu Wölfen und
104 Ja zur Verantwortung, die ihre Rückkehr birgt.

Begründung

Erfolgt mündlich.

V10 Beschluss Keine Wiedergutmachung ist möglich. Trotzdem konsequent für Restitution und gegen Antisemitismus

Gremium: Mitgliederversammlung
Beschlussdatum: 02.10.2016
Tagesordnungspunkt: TOP 11 V-Anträge

1 Die Shoa war das größte Verbrechen der Menschheit. Sechs Millionen Menschen
2 fielen dem industriellen Massenmord der Deutschen zum Opfer. Bis heute wirkt die
3 Geschichte dieser Gräueltaten fort und während in Deutschland die
4 Erinnerungspolitischen Debatten um einen vermeintlichen Schlussstrich geführt
5 werden, scheint die Urkatastrophe Antisemitismus wieder gesellschaftsfähig zu
6 werden. Unvorstellbar, aber wahr, leiden die Überlebenden der Shoah neben ihren
7 psychischen Traumata und der Trauer um ihre ermordeten Familienangehörigen,
8 auch an materieller Armut. Dies betrifft ungefähr die Hälfte der heute noch
9 lebenden jüdischen NS-Opfer.

10 In vielen Staaten, insbesondere der ehemaligen Sowjetunion und auf dem Balkan,
11 hat der politische Prozess der Auseinandersetzung erst seit den 2000er Jahren
12 begonnen. Immer noch sperren sich einige Staaten überhaupt Zahlungen an
13 Überlebende zu leisten oder geraubte Güter zurück zu geben. Das Gedenken und
14 die Auseinandersetzung mit der Shoa ist jedoch an keiner Stelle „genug“ oder
15 beendet. Wir als GRÜNE JUGEND fordern eine_n Beauftragte_n, die*, zusammen mit
16 dem europäischen Parlament, Druck auf die Staaten ausüben kann, geraubte
17 Güter, Kunst und anderen kulturellen Besitz zurückzugeben und für die soziale
18 Grundsicherung der Shoah-Überlebenden zu sorgen. Hier braucht es sowohl
19 gesetzliche Regelungen, als auch politische Anstrengungen diese konkret
20 umzusetzen.

21 Wir leben in einer für die Auseinandersetzung mit der Shoa wichtigen
22 Schwellenzeit, da die letzten Überlebenden in den nächsten Jahren leider
23 sterben werden. Deswegen ist es umso wichtiger jetzt Maßnahmen zu ergreifen, um
24 auch für die kommenden Generationen die Forderungen aufrechtzuhalten und gegen
25 Antisemitismus zu kämpfen.

Begründung

Geht aus Antrag hervor